

„Man muß bloß einen unerschütterlichen Willen haben ...“

Deutsche Kindergärtnerinnen und der nationalsozialistische ,Volkstumskampf‘ im ‚Distrikt Galizien‘, 1941 – 1944¹

Elizabeth Harvey

Läuse haben die Kinder sehr viel. Ob da nicht eine ganze Entlausung stattfinden muß. Mit der Untergaufführerin Anneliese Teek säuberte ich schon Kinder. Kämmen fehlt halt bei den Leuten. Dieses Übel ist zu beheben. Man muß bloß einen unerschütterlichen Willen haben dann wird das auch wieder gut.²

Dieses Zitat stammt aus einem Brief, den Lotte W., eine deutsche Kindergartenleiterin in Gelsendorf, Kreis Stryj in Ostgalizien, im Juni 1943 an ihre Vorgesetzte in Lemberg (Lvów) schrieb. Sie gehörte zu den Frauen, die im besetzten Polen im Rahmen der nationalsozialistischen ‚Volkstumspolitik‘ pflegerische und soziale Aufgaben zur ‚Betreuung‘ der Minderheit von ‚Volksdeutschen‘ und ‚Deutschstämmigen‘ übernahmen: In den langfristigen Plänen zur ‚Eindeutschung‘ des Landes sollten deutschbesiedelte Gegenden auf diese Weise ‚gefestigt‘ werden. Die zitierte Passage enthält einiges, was die Einstellung dieser jungen Frauen im ‚Osteinsatz‘ charakterisiert: Frau W. demonstriert ihrer Vorgesetzten, der Distriktreferentin für Kindertagesstätten für den ‚Distrikt Galizien‘ im Generalgouvernement, ihren Arbeitswillen und ihre Unerschrockenheit angesichts unerwarteter Aufgaben. Das Problem der unzureichenden Hygiene in den Familien der kurz vorher angesiedelten ‚Volksdeutschen‘, die aus einem Lager der Volksdeutschen Mittelstelle in das Dorf gekommen waren, geht sie entschlossen an. Der Glaube an die Kraft eines „unerschütterlichen Willens“, den Lotte W. herausstreicht, ist für viele ihrer Kolleginnen typisch.

1 Ich möchte Karl Christian Führer für Hilfe und Anregungen bei der Fertigstellung dieses Aufsatzes danken sowie Johanna Gehmacher für die Einladung zu einem Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Krieg und Geschlecht“, organisiert von der Arbeitsgruppe Frauen- und Geschlechtergeschichte und L'Homme. Z. F. G. im April 1997 an der Universität Wien, aus dem der Aufsatz entstand. Die Forschung für den Aufsatz wurde von der Humboldt-Stiftung und von der Nuffield Foundation unterstützt; dafür sei ebenfalls gedankt.

2 Lotte W. an Herta Jeschonneck, 23.6.1943, Archiwum Główniej Komisji, Warszawa (GKW), Bestand 116, 4. Die Orthographie wurde hier und in allen folgenden Zitaten im Original belassen. Nur Funktionsträgerinnen vom Rang der NSV-Kreisreferentin und der BDM-Untergaufführerin aufwärts werden mit vollem Namen genannt.

Dieser Bericht über die Alltagsorgen in einem deutschen Kindergarten ist nur eine von vielen vergleichbaren Meldungen, die regelmäßig an die Lemberger Verwaltung gingen. Insgesamt vermitteln sie das Bild einer Alltagsnormalität, die um so bemerkenswerter erscheint, wenn der Kontext dieser Tätigkeit berücksichtigt wird. Nach der Eroberung Polens durch deutsche Truppen 1939 war Ostgalizien gemäß den Abmachungen des Hitler-Stalin-Paktes unter sowjetische Besatzung geraten. Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 traten dann deutsche Besatzungstruppen an die Stelle der russischen Eroberer. Seit August 1941 wurde das Gebiet als ‚Distrikt Galizien‘ an das Generalgouvernement angegliedert. Hier wie auch anderswo im nationalsozialistisch besetzten Osten verband sich die Privilegierung der ‚Volksdeutschen‘ und ‚Deutschstämmigen‘ mit einer rassistisch motivierten Ausrottungspolitik: Die jüdische Bevölkerung wurde systematisch getötet, andere ‚Fremdvölkische‘ wurden diskriminiert, verfolgt und vertrieben. Der ‚Distrikt Galizien‘ unterschied sich in dieser Beziehung nur insofern von anderen Gebieten, als die Ermordung der Juden hier mit besonders vehementem Vernichtungswillen erfolgte. Auch fanden viele dieser Mordtaten nicht in abgeschlossenen und versteckten Lagern, sondern mitten in den Städten und Dörfern vor den Augen vieler Zuschauer statt.³ In dieser Situation wirkt das Nebeneinander der pflegerischen Frauentätigkeit in einem ‚deutschen Kindergarten‘ und der Ausrottungspolitik gegenüber Nichtdeutschen um so auffälliger. Es wirft Fragen auf zum Selbstverständnis der so beschäftigten Frauen, zur Funktion der von ihnen geschaffenen ‚Normalität‘ und zum Ausmaß ihrer Berührung mit der Gewaltpolitik der Besatzungsmacht.

Dieser Aufsatz untersucht die Arbeit von deutschen Frauen (‚deutsch‘ heißt in diesem Kontext sowohl ‚reichsdeutsch‘ als auch ‚volksdeutsch‘), die in den Jahren 1941 bis 1944 in Kindergärten im ‚Distrikt Galizien‘ tätig waren. Er thematisiert also eine klassisch ‚weibliche‘ Tätigkeit, die in einer Umgebung ausgeübt wurde, die von der rassistischen Politik und expansionistischen Kriegsführung des nationalsozialistischen Regimes geschaffen wurde und in jeder Hinsicht determiniert war. Die Kriegssituation beeinflusste die Tätigkeit auf mehrfache Weise. So konnten die Horte nur so lange betrieben werden, wie die Wehrmacht das Gebiet militärisch sicherte und beherrschte. Ebenfalls kriegsbedingt war der akute Personalmangel, der dazu führte, dass aus jeder halbwegs erfahrenen Hilfskraft eine Leiterin werden konnte. Hinzu kamen noch die Versorgungsschwierigkeiten, die die Einrichtung und den Betrieb der Kindergärten zu einem ständigen Kampf mit den widrigen Gegebenheiten machten.

Drei Themenkomplexe stehen im Vordergrund dieser Untersuchung. Zunächst werden das Selbstverständnis und die Motivationen der Frauen erörtert, die sich in Kindergärten im besetzten Osten um ‚Festigung des Deutschtums‘ bemühten. Anhand ihrer Selbstdarstellungen und der Berichte über ihre Arbeit – vor allem der Monatsberichte, die sie für die Distriktleitung des Hauptarbeitsgebiets Volkswohlfahrt in Lemberg

3 Zum Judenmord im Distrikt liegen zwei neuere Monographien vor: Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996 (= Studien zur Zeitgeschichte 50); Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien: Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz, 1941–1944, Bonn 1996.

schrieben – wird der Frage nachgegangen, was diese Arbeit für die Frauen bedeutete und welches die positiven oder negativen Elemente waren, die sie darin sahen. Welche Rolle spielten zum Beispiel der Berufsstolz und das Leistungsdenken oder die Freude über einen beruflichen Aufstieg? Welche Bedeutung hatte die Lust am Abenteuer, welche Rolle das Gefühl, am Aufbau eines ‚deutschen Gemeinschaftslebens‘ beteiligt zu sein? Bei diesen Fragen sind die Unterschiede zwischen den sogenannten ‚reichsdeutschen‘ Frauen, die aus dem ‚Altreich‘ kamen, und den ‚volksdeutschen‘ Frauen zu berücksichtigen, die vor Ort in Galizien entweder aus den Reihen der ‚Volksdeutschen‘, die schon dort ansässig waren, oder aus den Reihen der umgesiedelten ‚Volksdeutschen‘ aus der Sowjetunion rekrutiert wurden.

Beim zweiten Themenkomplex geht es um die Geschlechternormen und den Status von Frauen im Rahmen der ‚Besatzungsgesellschaft‘. Schon vor dem Krieg gab es im nationalsozialistischen Deutschland – trotz antifeministischer Rhetorik und trotz der Verhinderung von Frauenarbeit in einigen Berufen – eine Reihe von ‚Karrieremöglichkeiten‘ für Frauen, die rassistisch akzeptabel und politisch konform waren: zum Beispiel in den Hierarchien der vom NS-Regime geschaffenen, nach Geschlechtern getrennten Organisationen, wie auch in den Bereichen Medizin, Gesundheitspflege, Wohlfahrtspflege, Erziehung und Bildung, in denen Frauen in bestimmten Berufssparten schon vor 1933 fest etabliert gewesen waren und zum Teil zahlenmäßig überwogen.⁴ Im Krieg erweiterten sich die Berufsmöglichkeiten für Frauen aufgrund der Einberufung von Männern, auch wenn Frauen in den höher qualifizierten Berufen weiterhin als befristet zu beschäftigende „Lückenbüßer“ betrachtet wurden.⁵ Gleichzeitig wurden junge ledige Frauen systematisch für verschiedene Formen des Kriegsdienstes herangezogen.⁶ Hinzu kamen die territoriale Expansion des ‚Reichs‘ und der Aufbau von zivilen Verwaltungsapparaten in den besetzten Ländern – ein bisher wenig beachteter Faktor, der eine zusätzliche Ausweitung der beruflichen Chancen für deutsche Frauen aus dem ‚Reich‘ bedeutete. Diese Chancen waren verbunden mit der Zugehörigkeit zum Besatzungsapparat und zur ‚reichsdeutschen‘ Elite im jeweiligen besetzten Land. So stellt sich die Frage, inwieweit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Geschlechterhierarchien im Kontext dieser Besatzungsherrschaft im öffentlichen Leben intakt blieben oder aufgelockert wurden. Anhand des Beispiels der Frauen, die im ‚Distrikt Galizien‘ die ‚typisch weibliche‘ Tätigkeit einer Kindergärtnerin ausübten, gleichzeitig aber als Frauen des öffentlichen Lebens fungierten, sollen die Faktoren umrissen werden, die den Status von Frauen im Gefüge der Besatzungsgesellschaft schwächten oder stärkten. Bei den ‚reichsdeutschen‘ Frauen ist der Einfluss des Elitebewusstseins als ‚Reichsdeutsche‘ in der nationalsozialistischen Rassenhierarchie zu berücksichtigen, bei den ‚volksdeutschen‘ Frauen ihr besonderer Status als

4 Einen Überblick bietet Jill Stephenson, *Women and the Professions in Germany, 1900–1945*, in: Geoffrey Cocks u. Konrad H. Jarausch Hg., *German Professions 1800–1950*, New York/Oxford 1990, 270–288.

5 Dörte Winkler, *Frauenarbeit im „Dritten Reich“*, Hamburg 1977, 124f.

6 Zur Erwerbstätigkeit lediger Frauen im Zweiten Weltkrieg vgl. Elizabeth Heineman, *What Difference Does a Husband Make? Women and Marital Status in Nazi and Postwar Germany*, Berkeley/Los Angeles 1998, 44–74.

Deutsche zweiter Klasse: Wie beeinflusste dieser Status ihre Arbeit und ihre Haltung gegenüber den ‚Reichsdeutschen‘?

Drittens soll gefragt werden, inwieweit die untersuchten Frauen als Zeuginnen, Komplizinnen und Mittäterinnen der mörderischen Besatzungspolitik anzusehen sind. Forschungen über das besetzte Osteuropa im Zweiten Weltkrieg haben vielfach belegt, dass Deutsche in diesen Gebieten beständig mit der Beraubung, Diskriminierung und Erniedrigung der nichtdeutschen Bevölkerung konfrontiert wurden, dass der systematische Judenmord bald allgemein bekannt wurde,⁷ dass Soldaten und Zivilisten – d. h. Personen außerhalb des SS- und Polizeiapparats, der primär für die Planung und Ausführung dieser Verbrechen verantwortlich war – vielfach als Zuschauer an Mordaktionen teilnahmen, denen Juden und angebliche Regimegegner zum Opfer fielen, und dass manche an diesen Taten auch direkt oder indirekt beteiligt waren.⁸ Deutsche Frauen waren ein wichtiger Teil der Besatzungsgesellschaft: Sie lebten als Ehefrauen, als politische Funktionärinnen und als Berufstätige in den eroberten Gebieten und gehörten zum Herrschaftsapparat oder doch zu dessen sozialem Umfeld.⁹ Über die Reaktionen dieser Frauen auf die Ereignisse im besetzten Osten ist bislang jedoch nur wenig bekannt. SS-Ehefrauen zum Beispiel waren, wie Gudrun Schwarz herausgearbeitet hat, weit davon entfernt, immer in einer getrennten Sphäre der Häuslichkeit und Familie vor der Konfrontation mit den Konsequenzen der Besatzungspolitik Zuflucht zu suchen. Im Gegenteil: Einige gebärdeten sich als „Räuberbräute“ und beteiligten sich aktiv an der Plünderung und Erniedrigung der einheimischen Bevölkerung.¹⁰ Die Frage nach Komplizenschaft stellt sich in diesem Aufsatz zunächst dahingehend, ob die Kindergärtnerinnen mit den Verbrechen an den Juden in Berührung kamen oder eventuell sogar daran beteiligt waren. Von Interesse ist dabei auch, wie sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf den Grad ihrer Verstrickung in die Verbrechen der Besatzungspolitik auswirkte. In einem allgemeineren Sinne geht es zudem auch um den Beitrag, den die Kindergärtnerinnen für die Aufrechterhaltung und Legitimierung des Besatzungsregimes in Galizien geleistet haben.

Zur Beantwortung dieser Fragen werden vor allem die Berichte von Kindergartenleiterinnen, die sie laut Anweisung am Ende jeden Monats an die Distriktsreferentin in

7 Zur Kenntnis über den Judenmord in der deutschen Öffentlichkeit im ‚Distrikt Galizien‘ vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 312ff.

8 Vgl. Ernst Klee u. a., *Those were the Days: The Holocaust through the Eyes of the Perpetrators and Bystanders*, London 1991. Zu den Reaktionen von Soldaten auf den Judenmord vgl. auch Walter Manoschek, „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“: Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939–1944, Hamburg 1995. Zu den Reaktionen von Zivilisten auf die Gewalt gegen Juden und ‚Partisanen‘ in Weißrussland vgl. Bernhard Chiari, *Alltag hinter der Front: Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998.

9 Zu Frauen im besetzten Osten vgl. Gudrun Schwarz, *Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der „SS-Sippengemeinschaft“*, Hamburg 1997; Elizabeth Harvey, „Die deutsche Frau im Osten“: „Rasse“, Geschlecht und öffentlicher Raum im besetzten Polen 1940–44, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 38 (1998), 191–214; zum BDM und dessen ‚Osteinsatz‘ vgl. Hans-Christian Harten, *De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945*, Frankfurt a. M. 1996, 270–288; zu Frauen als Zeuginnen des Judenmords vgl. Daniel Goldhagen, *Hitler's Willing Executioners: Ordinary Germans and the Holocaust*, London 1996, 240f.

10 Schwarz, *Frau*, wie Anm. 9, 187–199.

Lemberg schicken mussten, als Quellen herangezogen. In diesen Berichten legten sie Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab und gingen auf Probleme und Hindernisse ein. Dazu kommen einige Meldungen über Schulungen, die Korrespondenz zwischen Kindergärtnerinnen und der Distriktleitung des Hauptarbeitsgebiets Volkswohlfahrt in Lemberg und ein Restbestand von ca. 20 Personalakten. Es ist klar, dass die Monatsberichte eine bestimmte Färbung haben: Die Frauen streichen ihre Erfolge heraus und betonen ihr Engagement. Ob die Kindergärtnerinnen Unmut oder Unbehagen über die Judenverfolgung oder die Partisanenbekämpfung in Galizien empfanden oder im privaten Kreis äußerten, geht aus diesem Material nicht hervor. Wenn Zweifel oder Kritik an der Besatzungspolitik oder am Besatzungsapparat geäußert wurden, dann höchstens in Hinblick auf mangelnde Kooperationsbereitschaft anderer Dienststellen oder die Wirksamkeit mancher Bemühungen in der ‚Volkstumspolitik‘. Die Berichte bieten vor allem die Selbstdarstellung der Kindergärtnerinnen als ‚öffentliche Personen‘, als Vertreterinnen der nationalsozialistischen Sache und des ‚Deutschtums‘ in den Dörfern, und ihre Darstellungen der Zustände und Konstellationen vor Ort. Trotzdem sind diese Berichte eine wertvolle Quelle. Oft unbeholfen und naiv in ihrem Ausdruck, reflektieren sie die Art und Weise, wie die Kindergärtnerinnen Probleme betrachteten und nach Lösungen suchten. Dabei werden oft bestimmte Denkweisen und Auffassungen deutlich.

Nationalsozialistische ‚Volkstumspolitik‘ im ‚Distrikt Galizien‘

Im Oktober 1939, gleich nach der Eroberung Polens durch deutsche Truppen, begann in den eingegliederten Gebieten im Westen Polens die Politik der Bevölkerungsver-schiebungen und -umstrukturierungen, die die ‚deutsche‘ Bevölkerung auf Kosten der ‚fremdvölkischen‘ vermehren sollte. Als neu ernannter „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) war Himmler für diese Politik zuständig; SS-Offiziere hatten als „Beauftragte des RKF“ für die Durchführung zu sorgen.¹¹ Himmlers Vorstellung von der ‚Volkstumspolitik‘ fußte auf eliminatorischen Prämissen: Wie er 1942 schrieb, ging es darum, „nicht im alten Sinne zu germanisieren, d. h. den dort wohnenden Menschen deutsche Sprache und deutsche Gesetze beizubringen, sondern dafür zu sorgen, daß im Osten nur Menschen wirklich deutschen, germanischen Blutes wohnen“.¹² Zunächst wurden nur die in das ‚Reich‘ eingegliederten eroberten Territorien zu deutschen Siedlungsgebieten erklärt, d. h. der Reichsgau Wartheland, der Reichsgau Danzig-Westpreußen und einige weitere Gebiete im Norden und Westen Polens, die in die alten preußischen Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen integriert wurden. Das Generalgouvernement mit seiner deutschen Besatzungsverwaltung unter dem Generalgouverneur Hans Frank dagegen war anfänglich

11 Zur Politik des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKFDV) vgl. Robert L. Koehl, RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism, Cambridge, Mass. 1957.

12 Heinrich Himmler, Geleitwort, in: Deutsche Arbeit. Die volkstumspolitische Monatsschrift, 42, 6/7 (1942), 157.

nicht zur ‚Eindeutschung‘ bestimmt, sondern in erster Linie als Abschubgebiet für die polnische und jüdische Bevölkerung – einschließlich der Menschen, die aus den genannten annektierten Gebieten deportiert wurden.¹³ Es gab hier nur eine kleine ansässige ‚volksdeutsche‘ Minderheit: ca. 60.000 bis 100.000 von 12 Millionen Einwohnern.¹⁴ Im Herbst 1940 wurden sogar noch 24.500 ‚Volksdeutsche‘ aus dem ‚Distrikt Lublin‘ in den Warthegau umgesiedelt.¹⁵

Am 1. August 1941 wurde Ostgalizien – wie bereits erwähnt – dem Generalgouvernement als fünfter Distrikt eingegliedert. Die Mehrheit der Bevölkerung (64%) Ostgaliziens war ukrainisch, Polen (22%) und Juden (14%) bildeten starke Minderheiten.¹⁶ Der größte Teil der ‚volksdeutschen‘ Minderheit, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Ostgalizien gelebt hatte, war nach Abmachungen mit der Sowjetunion, die nun als Besatzungsmacht in Ostgalizien herrschte, schon im Winter 1939/40 in den Warthegau evakuiert worden. NS-Propagandisten feierten dieses Ereignis lautstark als „Heimkehr der Galiziendeutschen“.¹⁷ Die Umsiedler verließen Häuser und Höfe in deutschen Kolonien, deren Geschichte zum Teil bis in die josephinische Zeit der Habsburger Monarchie zurückreicht.¹⁸ Ab 1941 aber steigerten sich Himmlers Entwürfe für die ethnische ‚Durchsiedlung‘ und Umstrukturierung der osteuropäischen Bevölkerung ins Maßlose; damit wurden die Weichen für die ‚Eindeutschung‘ des Generalgouvernements gestellt. Auch Hans Frank hatte sich schon seit dem Frühjahr 1941 deutlicher als zuvor dafür ausgesprochen.¹⁹ Der „Generalplan Ost“, der im Reichssicherheitshauptamt wahrscheinlich um die Jahreswende 1941/42 ausgearbeitet wurde, bestätigte den Status des Generalgouvernements als Bestandteil eines zukünftigen deutschen Siedlungsgebiets im Osten: Juden sollten hier vollständig „entfernt“ – d. h. ermordet – werden; für große Teile der nichtjüdischen ‚Fremdvölkischen‘ war die Vertreibung vorgesehen.²⁰

Im Herbst 1941 vermehrten sich im Generalgouvernement die volkstumpolitischen Maßnahmen. Im Oktober des Jahres wurde unter anderem die „Deutschstämmigen-

13 Zum Generalgouvernement im Allgemeinen vgl. Werner Präg u. Wolfgang Jacobmeyer Hg., Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975; Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Frankfurt a. M. 1965, 70–83, 158–172; zur umstrittenen Politik des ‚Abschiebens‘ aus anderen Gebieten in das Generalgouvernement vgl. Götz Aly, „Endlösung“: Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995, 177–187.

14 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, wie Anm. 13, 7 (Einleitung).

15 SS- und Polizeiführer Lublin an den Chef des Distrikts Lublin, Abt. Innere Verwaltung, 17.12.1940, betr. Endzahlen der volksdeutschen Umsiedlung im Distrikt Lublin, Archiwum Państwowe (AP) Lublinie, Gouverneur des Distrikts Lublin, 134.

16 Vgl. Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 63.

17 Kurt Lück u. Alfred Lattermann Hg., Die Heimkehr der Galiziendeutschen, Posen 1940 (= Unsere Heimat. Volkstümliche Schriftenreihe zur Förderung der deutschen Heimatbildung und Familienüberlieferung in Polen 14).

18 Vgl. Carl Petersen u. a. Hg., Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, 3, Breslau 1938, 27ff.

19 Vgl. Karol Marian Pospieszalski, Hitlerowski „Prawo“ Okupacyjne w Polsce, Część II: Generalna Gubernia, Poznań 1956 (= Documenta Occupationis VI), 618; Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 89.

20 Zum „Generalplan Ost“ vgl. Czesław Madajczyk Hg., Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994; Mechtild Rössler u. Sabine Schleiermacher Hg., Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

aktion“ initiiert, die darauf ausgerichtet war, die angeblich „deutschblütigen Elemente“ in der ansässigen Bevölkerung des Generalgouvernements zu identifizieren.²¹ Um für den rassistisch privilegierten Status in Frage zu kommen, sollte ein Minimum an „deutscher Abstammung“ nachgewiesen und ein „Bekenntnis zum deutschen Volkstum“ erbracht werden, vor allem aber sollten die ausgewählten Menschen ein „erwünschter Zuwachs für das deutsche Volk“ sein.²² Die so ermittelten ‚Deutschstämmigen‘ wurden nicht zu deutschen Staatsbürgern, doch war für sie eine materielle Besserstellung im Vergleich zu Polen und Ukrainern im Generalgouvernement vorgesehen. Über diejenigen, die sich gegen ihre Registrierung als ‚Deutschstämmige‘ wehrten, wurden KZ-Strafen verhängt.²³

Bis Januar 1942 wurden im ‚Distrikt Galizien‘ 23.000 ‚Deutschstämmige‘ vorläufig registriert.²⁴ Die endgültige Überprüfung zwischen Juni 1942 und Ende August 1943 hatte die Registrierung von 3.000 ‚Volksdeutschen‘ und 19.000 ‚Deutschstämmigen‘ (aus einer Gesamtzahl von 30.000 ‚Durchschleusten‘) zum Ergebnis.²⁵ Gleichzeitig kündigte Himmler Ansiedlungspläne an – mit dem Ziel, die Zahl der Deutschen im Generalgouvernement auf Kosten der Juden und Polen zu vermehren –, die sich zunächst auf den ‚Distrikt Lublin‘ konzentrierten.²⁶ Im November 1942 begann die Um- und Ansiedlungspolitik im Kreis Zamość, die zur Zwangsevakuierung Tausender von polnischen Bauern – mit verheerenden Konsequenzen für die Evakuierten – führte.²⁷ Während der Polizeichef im ‚Distrikt Lublin‘, SS- und Polizeiführer Globocnik, hem-

21 Verordnung über die Einführung eines Ausweises für Deutschstämmige im Generalgouvernement vom 29. Oktober 1941, abgedruckt in: Documenta Occupationis VI, 186. Die Aktion zur Feststellung der ‚Deutschstämmigen‘ war schon aufgrund einer Initiative vom SS- und Polizeiführer Globocnik im November 1940 im Kreis Zamość (‚Distrikt Lublin‘) angelaufen: Deutsches Leben im Zamoscer Land. Ein Jahr Dorfarbeit, in: Lothar von Seltmann Hg., Kolonistenkalender für die deutschen Siedlungen des Zamoscer Landes im Distrikt Lublin auf das Jahr 1942/43, Lublin 1942, 32–35.

22 Der Leiter der Einwanderungszentrale, 14.5.1942, Entwurf betr. Begriffsbestimmung: Deutschstämmigkeit im Generalgouvernement, abgedruckt in: Documenta Occupationis VI, 194–196. „Ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum wird bei den Deutschstämmigen nicht vorausgesetzt, ist jedoch erwünscht“; Kaltenbrunner an Himmler, 20.7.1943, betr: Deutschstämmigkeitsaktion im Generalgouvernement, Bundesarchiv (BA) Berlin-Lichterfelde, NS 19/3662. „Als Deutschstämmige ... können daher im Generalgouvernement auch noch Personen anerkannt werden, deren deutsche Abstammung nur zu einem verhältnismäßig geringen Teil nachweisbar ist, sofern gegen sie nach medizinisch-erbbiologischer, sicherheitspolizeilicher und leistungsmäßiger Überprüfung keine Bedenken vorliegen und sie als erwünschter Zuwachs für das deutsche Volk anzusehen sind.“

23 Himmler an das Rasse- und Siedlungshauptamt und an die Volksdeutsche Mittelstelle, 16.2.1942, BA Berlin-Lichterfelde, NS 19/3662.

24 Vgl. An alle deutschstämmigen Menschen Galiziens!, Kolonistenbriefe, Nr. 9 (Januar 1942), 6.

25 Der Leiter der Einwandererzentrale, 14.5.1942, betr: Errichtung einer Nebenstelle der Einwandererzentralstelle im Generalgouvernement und Einsatz von Kommissionen im Distrikt Lemberg und Distrikt Lublin, abgedruckt in: Documenta Occupationis VI, 208f; für die Zahlen vom August 1943 vgl. Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement, Meldungen aus dem Generalgouvernement für die Zeit vom 1.–30. September 1943, abgedruckt in: Documenta Occupationis VI, 221–228.

26 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 213.

27 Zur Politik Globocniks im ‚Distrikt Lublin‘ vgl. Czesław Madajczyk Hg., Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS: zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji hitlerowskiej, Warschau 1979; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, wie Anm. 13, 683.

mungslos experimentierte, wurden im ‚Distrikt Galizien‘ An- und Umsiedlungsmaßnahmen noch hinausgezögert. Die nationalsozialistische Bevölkerungspolitik erschöpfte sich hier zunächst in der Vertreibung und Ermordung der Juden, die im Herbst 1941 eingesetzt hatte und ab Sommer 1942 forciert wurde. 1943 kam es dann, trotz des mittlerweile schon wieder abflauenden Interesses des RKF an der Ansiedlung von ‚Volksdeutschen‘ und trotz der zunehmenden Bedenken gegen solche Aktionen wegen des polnischen und ukrainischen Widerstands, auch im ‚Distrikt Galizien‘ zu Um- und Ansiedlungsmaßnahmen.²⁸ Im Januar 1943 wurden mehrere Tausend polnische und ukrainische Familien in der Gegend von Rawa Ruska vertrieben, um den wachsenden Widerstand in diesem Gebiet zu unterminieren.²⁹ Im Sommer 1943 wurden ca. 1.500 Wolhyniendeutsche und mehrere Hundert Bosniendeutsche im Distrikt angesiedelt.³⁰ Hinzu kamen 12.000 ‚Volksdeutsche‘ aus dem Kaukasus, dem Wolgagebiet und der östlichen Ukraine, die beim Rückzug der Wehrmacht aus diesen Gebieten evakuiert und nach Galizien gebracht worden waren.³¹ Von Rückwandererlagern der Volksdeutschen Mittelstelle aus wurden sie ab Juni 1943 – zum Teil in ehemals ‚volksdeutschen‘ Dörfern, die 1939/40 im Zuge der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik geräumt worden waren – angesiedelt.³²

Als Ergebnis Aktionen, die insgesamt den Anschein einer Reihe von Improvisationen und Notlösungen erwecken und zum Teil nur unter Zwang durchgeführt werden konnten, wuchs im ‚Distrikt Galizien‘ der ‚volksdeutsche‘ beziehungsweise ‚deutschstämmige‘ Bevölkerungsanteil. Von den ‚Volksdeutschen‘, die aus anderen Gebieten Osteuropas nach Galizien umgesiedelt wurden oder geflüchtet waren, wurde eine schnelle Anpassung an die neuen Verhältnisse erwartet. Gleichzeitig sollten die alteingesessenen ‚Deutschstämmigen‘ eine „geschlossene Einheit inmitten ihrer fremdvölkischen Umgebung“ werden³³ und sich durch intensive persönliche ‚Betreuung‘, gekoppelt mit Propaganda und materiellen Anreizen (Kohle, Schuhe, Lebensmittelzuteilungen), immer mehr vom „Polentum“ trennen.³⁴

Um diese Ziele zu erreichen, wurden im ‚Distrikt Galizien‘ (wie auch in den anderen eingegliederten und besetzten Gebieten im Osten) Frauen für eine Reihe von Aufgaben herangezogen. Diese reichten von Transportbegleitung über Fürsorge in den Umsiedlerlagern bis zur ‚Betreuung‘ der Neuangesiedelten und zur ‚Führung‘ der ansässigen ‚Deutschstämmigen‘ auf den Dörfern. So folgte die Arbeit der Kindergärtnerinnen im Distrikt einem bekannten Muster von weiblichem Einsatz in der ‚Volkstumspolitik‘: Frauen befassten sich vorwiegend mit Fragen der Erziehung, mit Sprachunterricht, Hygiene und der ‚Pflege des Deutschtums‘. Die Zielgruppe ihrer Bemühungen waren häufig die ‚volksdeutschen‘ Kinder und Frauen, aber ihre Aufgaben erstreckten sich potentiell auf alle ‚Volksdeutschen‘, unabhängig davon, ob diese im Lager oder im Dorf lebten.

28 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 247.

29 Vgl. Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 94.

30 Vgl. Koehl, RKFDV, wie Anm. 11, 189.

31 Vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 247.

32 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, wie Anm. 13, 683; Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 95f.

33 Menschen Galiziens, wie Anm. 24, 6.

34 Menschen Galiziens, wie Anm. 24, 7.

Kindergärten im ‚Distrikt Galizien‘: Aufbau und Personal

Im Oktober 1941, knapp drei Monate nach der Eingliederung des ‚Distrikts Galizien‘ in das Generalgouvernement, begann hier die „Erfassung der Deutschstämmigen“. Bei dieser Aufgabe spielte die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), die im Generalgouvernement unter der Bezeichnung „Arbeitsbereich NSDAP – Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt“ firmierte (im folgenden kurz HAG Volkswohlfahrt genannt),³⁵ eine wichtige Rolle. Im Herbst 1941 begann die Krakauer Leitung des HAG Volkswohlfahrt, dessen alleinige Zuständigkeit für „volkspflegerische Arbeit bezüglich der im Generalgouvernement lebenden Reichs- und Volksdeutschen“ im August 1941 bestätigt worden war,³⁶ Kindergärten für ‚deutschstämmige‘ und ‚volksdeutsche‘ Kinder im ‚Distrikt Galizien‘ einzurichten; im ‚Distrikt Lublin‘ waren deutsche Kindergärten schon in Betrieb.³⁷ Zunächst wurde Ursula Graefe, eine hauptamtliche BDM-Führerin, die gleichzeitig ausgebildete Kindergärtnerin war, mit dieser Aufgabe betraut. Innerhalb von fünf Monaten wurden vier ‚provisorische‘ Kindergärten eröffnet (in Żólkiew, Rosenheck, Slawitz und Dolina) und sechs weitere Gründungen in die Wege geleitet. Die Kindergärten wurden in den beschlagnahmten Gebäuden von ehemaligen polnischen oder ukrainischen Kindergärten oder Schulen eingerichtet; BDM-Mitglieder im ‚Einsatz‘ bildeten das Personal.³⁸ In Żólkiew zum Beispiel, einer Kleinstadt nördlich von Lemberg, wurde der „Deutsche Kindergarten“ am 20. Januar 1942 mit ca. 20 Kindern eröffnet. Er stand unter der Leitung von zwei BDM-Führerinnen „aus dem Reich“, die die ‚volksdeutschen‘ Einwohner der Stadt durch Hausbesuche und öffentliche Plakate aufforderten, ihre Kinder in den neu eingerichteten Hort zu geben. Gebäude und Inventar gehörten zu einem polnischen Kindergarten, der zuvor geschlossen worden war.³⁹

Im Frühjahr 1942 begann das HAG Volkswohlfahrt, die improvisierten Kindergärten vom BDM zu übernehmen und mit hauptamtlichen Kräften in Eigenregie zu führen.

35 Im Schriftverkehr innerhalb des Generalgouvernements tauchten Termini wie „NSV“, „NSV-Kindergarten“ trotzdem noch auf.

36 Dr. Bühler, Regierung des Generalgouvernements Krakau, 25.8.1941 an die Distriktchefs, Kreis- und Stadthauptleute, betr. Aufgabe und Durchführung der volkspflegerischen Arbeiten für die Reichs- und Volksdeutschen im Generalgouvernement und Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Staatlichen Fürsorge und dem NSDAP-Arbeitsbereich Generalgouvernement, Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 5, Bd. 1, Teil 2.

37 Im ‚Distrikt Lublin‘ zum Beispiel wurden Kindergärten von der staatlichen Distriktverwaltung, Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge, eingerichtet und im Herbst 1941 dem Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt übergeben, vgl. Unterabteilungsleiter Türk, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, 21.10.1941 an den Beauftragten der Volksdeutschen Mittelstelle bei der Regierung des Generalgouvernement, Gebietsführer Blum, AP Lublin, Gouverneur des Distrikts Lublin, 285.

38 Hildemann, Obergemeinschaftsleiter, Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt, Krakau, an NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement, Amt Hitler-Jugend, z. Hd. Pgn. Irmgard Fischer, 10. Oktober 1941; Hermann, Kreisamtsleiter, Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt, Lemberg, an die NSDAP, Arbeitsbereich Generalgouvernement, Hauptarbeitsgebiet Volkswohlfahrt, Krakau, 9. März 1942, betr. Einrichtung der Kindergärten, GKW, Bestand 116, 42.

39 Vgl. Żólkiew, in: Kolonistenbriefe, Nr. 10 (März 1942), 11; Bericht vom Kindergarten in Żólkiew, Mai 1942; Aktennotiz (undatiert) betr. Besprechung mit dem BDM-Einsatz in Żólkiew, GKW, Bestand 116, 40.

Gleichzeitig sollte eine größere Zahl von neuen Kindergärten geschaffen werden.⁴⁰ Der erklärte Zweck dieser Erziehungsstätten ging aus den Dienstvorschriften hervor, die für das Generalgouvernement von dem HAG Volkswohlfahrt herausgegeben wurden: „Erziehung zum Nationalsozialismus und damit zum Dienst an der Volksgemeinschaft; gesundheitliche Ertüchtigung, Förderung der geistigen und seelischen Entwicklung der Kinder, Pflege der deutschen Sprache, des deutschen Volkstums, deutscher Sitten und Gebräuche, Fühlungnahme mit dem Elternhaus“⁴¹ – darin bestanden die Aufgaben der Kindergärtnerinnen. Das Programm zum Aufbau der Kindergärten wurde von der im Mai 1942 eingestellten Distriktreferentin für Kindertagesstätten, Herta Jeschonneck, geleitet, einer 27-jährigen Jugendleiterin aus Essen.⁴² Im September 1942 waren zehn Kindergärten für 395 Kinder in Betrieb.⁴³ Im August 1943 gab es 29 Kindergärten mit insgesamt 1.200 Kindern;⁴⁴ bis Ende November 1943 waren fünfzehn weitere Kindergärten hinzugekommen, viele davon in Dörfern, in denen seit dem Sommer 1943 die ‚volksdeutschen‘ Umsiedler aus dem Kaukasus, dem Wolgagebiet und der Ukraine angesiedelt worden waren.⁴⁵ In einigen Fällen wurde das HAG Volkswohlfahrt von anderen Dienststellen des Besatzungsapparats aufgefordert, in bestimmten Orten tätig zu werden: so zum Beispiel im Januar 1943, als die Außenstelle Rawa Ruska des Reichskommissariats für die Festigung deutschen Volkstums den Vorschlag machte, im Dorf einen Kindergarten zu eröffnen.⁴⁶

Im Dezember 1943 waren im ‚Distrikt Galizien‘ 44 Kindergartenleiterinnen im Einsatz.⁴⁷ Mit ihnen arbeitete eine größere Zahl von Kindergartenhelferinnen, denn jeder Kindergarten hatte mindestens eine Helferin, manchmal auch zwei oder mehr.⁴⁸ Manche der ‚reichsdeutschen‘ Kindergärtnerinnen meldeten sich für die Arbeit direkt bei der Distriktleitung in Lemberg. Die meisten, die aus dem ‚Altreich‘ kamen, folgten Aufrufen der Reichsleitung der NSV, die an die Gauamtsleitungen der NSV gingen, oder wurden durch andere gemeldet.⁴⁹ Aufforderungen, Kräfte für das Generalgouvernement abzustellen, wurden in der ersten Jahreshälfte 1943 angesichts der insgesamt

40 Jahresbericht über die Arbeit der Kindertagesstätten. Lemberg, 4.1.1943, nicht unterzeichnet (= Herta Jeschonneck), GWK, Bestand 116, 47.

41 Dienstvorschriften für Kindertagesstätten, o. O., o. J., GWK, Bestand 116, 42.

42 Vgl. Personalakte Herta Jeschonneck, BA Berlin-Lichterfelde.

43 Herta Jeschonneck an die NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement, HAG Volkswohlfahrt, Krakau, 1.10.1942 betr. Besetzung der Kindergärten des Distriktes Galizien im Monat September, GWK, Bestand 116, 42.

44 Herta Jeschonneck, Anforderungen für Kindergärten im Distrikt Galizien, 27.8.1943, GWK, Bestand 116, 42.

45 Bericht über die Kindergartenleiterinnentagung am 29. und 30.11.1943 (6.12.1943): Teilnehmerinnenliste, GWK, Bestand 116, 45.

46 Der SS- und Polizeiführer im Distrikt Galizien/der Beauftragte des RKF, Außenstelle Rawa Ruska, 19.1.1943, an die NSV Rawa Ruska, betr. Kindergarten Rawa Ruska, GWK, Bestand 116, 34.

47 Bericht Kindergartenleiterinnentagung, wie Anm. 45.

48 Bericht über die Einsatzschulung der reichsdeutschen Kindergartenkräfte, Lemberg, 2. Juni 1943, nicht unterzeichnet (= Herta Jeschonneck), GWK, Bestand 116, 46.

49 Zum Beispiel NSDAP, Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, Hauptstelle Kindertagesstätten, an die NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord, Amt für Volkswohlfahrt, 21.1.1942, betr. Abstellung von Hilfskräften für die Kindertagesstätten in den Ostgebieten, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 37.

60.000 ‚volksdeutschen‘ Flüchtlinge aus den geräumten sowjetischen Gebieten, die im Generalgouvernement neu angesiedelt werden sollten, immer dringlicher.⁵⁰ Im Juni 1943 erhielt das Amt für Volkswohlfahrt im Gau Westfalen-Nord vom Hauptamt für Volkswohlfahrt die Mahnung, die zwei Monate vorher angeforderten Laienkräfte für Kindergärten im Generalgouvernement sollten jetzt „umgehend“ vorgeschlagen werden.⁵¹ Das Gauamt drängte daraufhin die Kreisreferentinnen für Kindertagesstätten, in den westfälischen Kreisen zu helfen. Der Erfolg blieb gering: Ein Kreis nannte zwei Namen, alle anderen meldeten Fehlanzeige.⁵²

Die Frauen, die in den Osten gingen, verpflichteten sich jeweils für einen Einsatz von bestimmter Dauer, normalerweise für ein Jahr. Es war nicht ohne weiteres möglich, während dieser Zeit ohne die Einwilligung des HAG Volkswohlfahrt im Generalgouvernement wieder ‚ins Reich‘ zurückzukehren. Auch nach Ablauf der Frist durften die Frauen nur unter der Bedingung wieder in ihre Heimat, dass für sie aus dem ‚Reich‘ eine Ersatzkraft geschickt wurde.⁵³ Daneben wurden vor Ort auf verschiedene Weise ‚volksdeutsche‘ Frauen und Mädchen rekrutiert: Manche wurden der Distriktleitung vom BDM vorgeschlagen,⁵⁴ andere direkt von den Kindergartenleiterinnen im Dorf angeworben und von der Distriktleitung angestellt. Als hauptamtliche Kräfte für die Kindergärten bevorzugte die Distriktleitung in Lemberg „reichsdeutsche Kräfte und Mädels über 18 Jahre“.⁵⁵ Aber das Vorhaben, nur ‚reichsdeutsche‘ ausgebildete Kindergartenleiterinnen als Leiterinnen einzustellen, konnte nicht verwirklicht werden. Im Januar 1943 waren von den 17 Leiterinnen nur acht – in Herta Jeschonneck's Worten – „reichsdeutsche Fachkräfte“, vier waren „vorgesulte reichsdeutsche Kräfte“ und fünf „vorgesulte volksdeutsche Kräfte“. Die Kindergartenhelferinnen waren zum größten Teil ‚Volksdeutsche‘.⁵⁶ Von den sieben ‚reichsdeutschen‘ Kindergartenleiterinnen, von

50 Hauptamt für Volkswohlfahrt an die NSDAP Gauleitungen, Amt für Volkswohlfahrt, 2.4.1943, betr. Abstellungen von Hilfskräften für die Kindertagesstätten, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 151. („Im Generalgouvernement gelangen in den nächsten Monaten 60.000 Volksdeutsche aus den besetzten Ostgebieten zur Ansiedlung.“)

51 NSDAP, Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt, an die NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord, Amt für Volkswohlfahrt, 2.4.1943 betr. Abstellung von Hilfskräften für die Kindertagesstätten im Generalgouvernement; Arbeitsbereich Generalgouvernement, HAG Volkswohlfahrt, an die NSDAP-Gauleitungen, Amt für Volkswohlfahrt, 17.4.1943 betr. Laienkräfte für Kindertagesstätten im Generalgouvernement; Hauptamt für Volkswohlfahrt an die NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord, Amt für Volkswohlfahrt, 21.6.1943, betr. Abstellung von Hilfskräften für die Kindertagesstätten im Generalgouvernement, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 151.

52 Antworten aus den Kreisen an die NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord, Hauptamt für Volkswohlfahrt auf das Rundschreiben vom 29.6.1943, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 151.

53 Hauptamt für Volkswohlfahrt an die NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord, Amt für Volkswohlfahrt, 21.10.1942, betr. Abstellung von Hilfskräften für die Kindertagesstätten in den Ostgebieten, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 37.

54 Herta Jeschonneck an die NSDAP HAG Volkswohlfahrt, Arbeitsbereich Generalgouvernement, Krakau, 1.10.1942, betr. volksdeutsche Mädels, die Kindergartenhelferinnen und Leiterinnen werden wollen, GKW, Bestand 116, 42.

55 Gerda Hoseur, Sachbearbeiterin für Kindertagesstätten (Lemberg) an die NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement, HAG Volkswohlfahrt, 27.4.1942, GKW, Bestand 116, 42.

56 Jahresbericht, wie Anm. 40.

denen das Alter festgestellt werden kann, gehörten sechs den Jahrgängen 1920 bis 1922 an, sie waren also bei ihrem ‚Einsatz‘ in den Jahren 1942 und 1944 zwischen 20 und 24 Jahre alt. Die Kindergartenhelferinnen scheinen etwas jünger gewesen zu sein: Von den zehn Personen, deren Alter sich eruieren lässt, gehörten acht zu den Jahrgängen ab 1923, die jüngste Kindergartenhelferin war bei der Anstellung im Jahr 1944 15 Jahre alt.⁵⁷

Kaum waren die Kindergärten aufgebaut, begann wegen des Vormarsches der Roten Armee auch schon ihr Abbau. Im März 1944 setzte die Evakuierung von Teilen des ‚Distrikts Galizien‘ ein; die Eroberung durch die Rote Armee zog sich über mehrere Monate hin.⁵⁸ Für die Gegend um Sambor kam zum Beispiel Ende März ein Evakuierungsbefehl, aber der Kindergarten in Sambor wurde im Juni 1944 wieder in Betrieb genommen.⁵⁹ Im gleichen Monat kam aus Lemberg die Nachricht, sämtliche Einrichtungen im Kreis Stryj seien „verloren“. ⁶⁰ Im September 1944 forderte das Hauptamt für Volkswohlfahrt im Reich alle Kräfte aus Kindertagesstätten im Generalgouvernement auf, sich bis Mitte Oktober 1944 „in ihren Heimatgauen zu melden“. Zu diesem Zeitpunkt existierten die deutschen Kindergärten im Generalgouvernement nicht mehr.⁶¹ Die deutsche Herrschaft in Ostgalizien war beendet.

Aufstieg und Abenteuer? Positive und negative Erlebnisse

Anhand von Berichten und anderen Aussagen der Kindergärtnerinnen soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, was die Arbeit für sie bedeutete, was sie motivierte und welche Erlebnisse als positiv oder negativ dargestellt wurden.

Für viele Kindergärtnerinnen scheinen die berufliche Herausforderung und der berufliche Aufstieg eine wichtige Bedeutung gehabt zu haben. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Monatsberichte dazu dienen, Leistungen zu melden, zeigen sie doch einen auffallenden Ehrgeiz und große Freude an der Arbeit. Eine Kindergartenleiterin beschrieb ihre Ankunft im Dorf explizit als Ankunft am Berufsziel: „Und nun war ich da angelangt, was ich mir schon so oft gewünscht hatte, nämlich einmal einen Kindergarten selbständig aufzubauen.“⁶² Die Erzählungen der Kindergartenleiterinnen vermerken häufig stolz Improvisationsleistungen angesichts mangelhafter Gebäude

57 Information aus Personalakten: GWK, Bestand 116, Aktennummer 48 bis 68.

58 Zum Ende der deutschen Herrschaft im Distrikt vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 381ff.

59 NSV Sambor an die NSDAP HAG Volkswohlfahrt Lemberg, 30.3.1944 betr. Ablösung Kindergartenleiterin Kaiserdorf, GWK, Bestand 116, 36; NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement, HAG Volkswohlfahrt, Krakau, 5.7.1944, Monatsbericht des Referats Kindertagesstätten für den Monat Juni, GWK, Bestand 116, 2.

60 Leiter der Hauptstelle Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, HAG Volkswohlfahrt, NSDAP Distriktstandortführung Galizien, an die NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement, HAG Volkswohlfahrt, Krakau, betr. Kindertagesstätten, 8.6.1944, GWK, Bestand 116, 2.

61 Hauptamt für Volkswohlfahrt, 14.9.1944. Rundschreiben Nr. 115/44 betr. Maßnahmen des totalen Krieges, hier: Auswirkung auf das Arbeitsgebiet Kindertagesstätten, Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauamt für Volkswohlfahrt, 1, Bd. 2.

62 Emma M., Bericht für Monat Juli, Reichenbach, 9.8.1943, GWK, Bestand 116, 35.

und fehlendem Mobiliar. Das gleiche gilt für einfallsreiche Beschaffungsmanöver und anstrengende Versuche, mißtrauische ‚volksdeutsche‘ Eltern dazu zu bewegen, ihren Nachwuchs in den Kindergarten zu schicken. Im Alltagsgeschäft bedeutete die tägliche Routine mit Kindern, die oft schlecht oder gar nicht deutsch sprachen und für die vieles im Kindergartenbetrieb ungewohnt war, einerseits eine große Herausforderung. Andererseits konnten die Kindergärtnerinnen umso dramatischere ‚Fortschritte‘ beobachten, wenn die Kinder anfangen, mitzusingen, mitzuspielen, deutsch zu reden und an nationalsozialistischen Ritualen teilzunehmen. So zum Beispiel lernten die Kinder im Kindergarten Sambor zum 30. Januar 1943 (dem 10. Jahrestag der ‚Machtergreifung‘) das Lied ‚Auf hebt unsre Fahne‘; zum ‚Geburtstag des Führers‘ am 20. April wurde das ‚Führerbild‘ geschmückt und eine Feierstunde veranstaltet.⁶³ Im Kindergarten in Stryj wurde am 9. November 1943 mit den Kindern, die im Alter von zweieinhalb bis elf Jahren waren, der ‚Gedenktag der Gefallenen der Bewegung‘ gefeiert:

Das Führerbild stand auf dem Tisch, davor Blumen und Fahnen. Rechts und links davon standen zwei Jungen mit einer Fahne. Wir saßen im Halbkreis davor. Zuerst sangen wir ‚Singend wollen wir marschieren‘. Ich erzählte den Kindern was der Tag bedeutet und zeigte ihnen Bilder aus dem Leben des Führers. Anschließend sangen wir das Deutschlandlied. Zum Kaffee gab es dann Kuchen.⁶⁴

Nicht alle waren mit ihrer Arbeit zufrieden. Eine Frau schrieb nach einigen Monaten: „Trotzdem ich sehr gern in meiner Siedlung arbeite, muß ich doch sagen, daß mich die Arbeit nicht mehr befriedigt“.⁶⁵ Andere berichteten hingegen, für sie sei die Kindergartenarbeit im Osten interessanter oder schöner als im ‚Altreich‘: „Hier im Osten ist die Arbeit im Kindergarten eine ganz andere als im Reich, ist aber damit auch eine viel schönere Aufgabe für uns geworden.“⁶⁶ Die anfangs zitierte Kindergärtnerin in Gelsendorf bemerkte im Januar 1944: „Wenn man die saubere Kleidung sieht und das ganze Aussehen sieht man doch den Erfolg der Arbeit“.⁶⁷ Eine andere schrieb nach einem Fest zum ‚Führergeburtstag‘ mit Umsiedlerfrauen und Kindern im Kindergarten des Rückwandererlagers in Stanislaw, das mit einer Kaffeetafel begann und mit einer Tombola der Volksdeutschen Mittelstelle endete: „Ich war am Abend so zufrieden, dieser Nachmittag hat mir mehr Freude gemacht wie jeder vorherige lustige Nachmittag so lang ich im Kindergarten arbeite.“⁶⁸

Für ‚volksdeutsche‘ Mädchen und junge Frauen, die Stellen als Kindergartenhelferinnen annahmen, bedeutete die Arbeit in einem deutschen Kindergarten eine berufliche Chance, oder zumindest eine Existenzmöglichkeit und gleichzeitig eine Bestätigung ihrer Zugehörigkeit zum ‚Deutschtum‘. Aus den selbst verfassten Lebensläufen

63 Ursula Graefe, Monatsbericht, Kindergarten Sambor, Januar 1943; Gertrud M., Monatsbericht, Kindergarten Sambor, April 1943, GWK, Bestand 116, 36.

64 Luise K., Kindergarten Stryj, Monatsbericht für November 1943, 28.11.1943, GWK, Bestand 116, 39.

65 Christa H., Monatsbericht Januar 1944, Kindergarten Rosenheck, GWK, Bestand 116, 3.

66 Emma M., Bericht für Monat September, Reichenbach, 29.9.1943, GWK, Bestand 116, 35.

67 Lotte W., Monatsbericht für den Monat Januar 1944 vom NSV Kindergarten Gelsendorf, GWK, Bestand 116, 3.

68 Elfriede I., Monatsbericht vom NSV Kindergarten, Rückwanderungslager Stanislaw, April 1943, GWK Bestand 116, 38.

von jungen ‚volksdeutschen‘ Frauen aus der östlichen Ukraine, die 1943 von dort evakuiert und im ‚Distrikt Galizien‘ angesiedelt worden waren, geht ihr Bemühen hervor, im Chaos der Kriegsjahre Fuß zu fassen, sowohl wirtschaftlich als auch im Sinne ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Dazu gehörte etwa eine Arztochter, halb Ukrainerin und halb Deutsche, die eigentlich Augenärztin werden wollte. Sie betrachtete die Arbeit als Kindergartenhelferin als sinnvolle Beschäftigung, die es ihr auch ermöglichte, ihr Deutsch zu verbessern. Ein anderes Beispiel ist eine Bauerntochter, die schon in der Sowjetunion im Kindergarten gearbeitet hatte. Ihre Familie wurde 1940 von den sowjetischen Behörden umgesiedelt und dann im Februar 1943 von den Nationalsozialisten nach Westen evakuiert. Diese 20-jährige Frau sah die Arbeit im Kindergarten vor allem als Möglichkeit, in ihrem Beruf zu bleiben und gleichzeitig in der neuen Umgebung zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen.⁶⁹

Für Frauen aus dem ‚Altreich‘ scheint die Arbeit im Osten auch ein Stück Abenteuer gewesen zu sein. Deutlich zeigen einige der Berichte den Drang nach neuen Erlebnissen und die Freude an einem ‚Pionierdasein‘ in einer ihnen fremden Welt. Eine der Frauen erzählte ihre Reise in das unbekanntes Dorf in Lemberg-Land im Stil eines BDM-Fahrtenberichts als eine Reise voller Spannung und Erwartung: „Am 5. Juli [1943] wurden wir mit unserem Gepäck und den Spielsachen für den Kindergarten in ein Auto geladen, und ab ging es nach Lemberg-Land. Keine wußte, wo das Dorf liegt wo jede hin sollte, und so war die Spannung sehr groß und dann war der Moment gekommen, und ich war die erste die am Ziel angelangt war.“⁷⁰

Die fremde Welt, die die Kindergärtnerinnen aus dem ‚Reich‘ kennen lernten, war vor allem eine Welt mit sehr armer bäuerlicher Bevölkerung. Für viele bedeutete diese Begegnung sicherlich einen Kulturschock, der am intensivsten anlässlich von Hausbesuchen bei den Eltern der Kindergartenkinder erlebt wurde. Die Kindergärtnerinnen fanden Familien ohne Uhren vor, Kinder ohne Winterschuhe, Mütter, die nicht lesen konnten. Herta Jeschonneck bemerkte im November 1943, dass Hausbesuche von den meisten Kindergartenleiterinnen „mit einer gewissen Scheu“ durchgeführt würden.⁷¹ Dabei spielten sowohl die sprachlichen Verständigungsprobleme als auch die hygienischen Zustände in den Häusern eine Rolle. Manche der jungen Frauen reagierten auf letzteres mit Ekel, Entsetzen und moralisierenden Urteilen, die Parallelen aufzeigen zu den Reaktionen von Wehrmachtssoldaten auf die Zustände im Osten: Erlebnisse vor Ort trafen mit Vorurteilen über das Kulturgefälle zwischen Deutschland und dem ‚primitiven‘ Osten zusammen.⁷² Die Reaktionen der Frauen – in diesem Falle

69 Personalakten von Julia Sch. und Katherina S., GKW, Bestand 116, 55 and 60.

70 Emma M., Bericht Juli, wie Anm. 62.

71 Herta Jeschonneck, Bericht über die Schulung der Kindergartenleiterinnen am 29. und 30.11.1943 (6.12.1943), GKW, Bestand 116, 45.

72 Zu den Vorstellungen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg über Sauberkeit und Schmutz als Merkmale kultureller Unterschiede im Osten vgl. Klaus Latzel, Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945, Paderborn 1998, 145–182; zum Topos „Kulturgefälle“ im Allgemeinen vgl. Michael Burleigh, Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988, 4–8; Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939, Wiesbaden 1991, 38–49; John Connelly, Nazis and Slavs: From Racial Theory to Racist Practice, in: Central European History, 32,1 (1999), 1–33.

auf ‚Schmutz‘ – verkomplizierten sich dadurch, dass es ‚Volksdeutsche‘ und ‚Deutschstämmige‘ waren, die dieses Merkmal der Rückständigkeit aufwiesen: nicht ‚Fremde‘ also, sondern Mitglieder der herzustellenden Gemeinschaft der Deutschen. Einige verurteilten trotzdem die Verhältnisse, die sie vorfanden: „Mögen die Leute im Reich auch noch so arm sein, so sieht man doch wohl nur selten solchen Schmutz wie ich ihn bei meinen Besuchen angetroffen habe“, bemerkte die Kindergärtnerin in Żółkiew.⁷³ Andere, wie die eingangs zitierte Lotte W. in Gelsendorf, reagierten mit bewusstem Verständnis und Unerschrockenheit.

Manche Frauen scheinen an der Abgelegenheit des Dorfes und an Einsamkeit unter den fremden Menschen gelitten zu haben – zum Beispiel jene Kindergartenleiterin, die eine Reihe von Briefen an Herta Jeschonneck in Lemberg schrieb und sie wiederholt dringend um einen Besuch bat: „Liebes Fräulein Jeschonneck, Kommen Sie doch bitte bald einmal!“⁷⁴ Eine Kindergärtnerin wiederholte – scheinbar ohne Ergebnis – in vier aufeinander folgenden Monatsberichten ihre Bitte um ein Fahrrad und einen Radioapparat, „da ich es so allein in meiner Siedlung unmöglich aushalten kann“.⁷⁵ Andere konnten die Isolation und die Umstellung auf eine neue Lebensweise anscheinend besser ertragen; manche genossen geradezu die Gelegenheit, über ihre ‚exotischen‘ Erlebnisse zu berichten. Maria E. beschrieb die Zustände in ihrem Dorf Machliniec (Kreis Stryj)⁷⁶ – das sie das „Dorf hinter dem Mond“ nannte – in einem eher scherzhaften Ton: „Wir haben hier kein Gas, kein Elektrick, kein Radio, keine Zeitung, keine Post, kein Telefon, jetzt erst kann ich mir das Leben der ersten Menschen vorstellen.“⁷⁷ Für sie war das Leben auf dem entlegenen Dorf im ‚Distrikt Galizien‘ als Kontrast zu den Verhältnissen in ihrer (nicht genannten) kriegszerstörten Heimatstadt im ‚Reich‘ umso attraktiver. Nach einem Urlaub zu Hause berichtete sie im November 1943: „Bei uns war die ganze Stadt in Trauer. Ich freute mich, wieder in meine Einsiedelei zurück ziehen zu dürfen. Hier gefällt es mir doch noch besser, als in den Trümmern und Ruinen einer ehemaligen Stadt herum zu laufen.“⁷⁸

Obwohl die „Einsiedelei“ im Osten sicherlich für viele Kindergärtnerinnen eine prägende Erfahrung war, gibt es andererseits auch Aussagen, die auf die Bedeutung von Gemeinschaftserlebnissen und Inszenierungen von ‚Gemeinschaft‘ als Aspekt der Kindergartenarbeit im besetzten Polen hinweisen. Die Kindergärtnerinnen selber bildeten eine Art lockere Gemeinschaft: Durch Schulungen und Tagungen sowie über den Briefwechsel mit der Distrikreferentin und den Kreisreferentinnen, der zum Teil in einem vertrauten und informellen Ton – per Du – gehalten ist, standen sie miteinander in Verbindung. Wichtig waren auch die sozialen Netzwerke zwischen den ‚Deutschen‘ am

73 Edith K., Kindergarten Zolkiew, Monatsbericht für März 1943, GWK, Bestand 116, 40.

74 Lotte W. an Herta Jeschonneck, 23.6.1943, GWK, Bestand 116, 14.

75 Christa H., Monatsberichte Oktober 1943, Dezember 1943, Januar 1944, Februar 1944, Kindergarten Rosenheck, GWK, Bestand 116, 3 u. 31.

76 Zur ‚deutschen Sprachinsel‘ Machliniec vor dem Zweiten Weltkrieg vgl. Hans Schmid, Sprachinsel und Volkstumsentwicklung. Die Wandlung volkskundlichen Bestandes in der deutschen Sprachinsel Machliniec in Ostgalizien, Münster 1931.

77 Maria E. an Herta Jeschonneck, 20.6.1943, GWK, Bestand 116, 8.

78 Maria E. an Herta Jeschonneck, 9.11.1943, GWK, Bestand 116, 8.

Ort. Lotte W. in Gelsendorf bemerkte im September 1943: „Die Gemeinschaft zwischen dem Dorf und uns Reichsdeutschen ist sehr schön. Es freut einen hier arbeiten zu dürfen. Auch die Reichsdeutschen gegenseitig, ganz gleich welche Dienststelle, bilden einen festen Block.“⁷⁹ Die angestrebte „schöne Gemeinschaft“ zwischen ‚Reichsdeutschen‘ und ‚Volksdeutschen‘ und selbst die Gemeinschaft unter den ‚Volksdeutschen‘ waren allerdings ein Konstrukt, das immer wieder neu hergestellt, bestätigt und im nationalsozialistischen Sinne gesteuert werden musste.⁸⁰ Es war eine der expliziten Aufgaben der Kindergärtnerin, durch die Planung und Durchführung von Dorffesten und anderen Veranstaltungen ‚gemeinschaftsstiftend‘ zu wirken. Weihnachten etwa sollte nach genauen Anweisungen auf nationalsozialistische Weise – unter Verwendung von Natursymbolik und ‚Runenzeichen‘ – zelebriert werden, mit besonderen Festen für die Kinder und für die Mütter.⁸¹ Die Kindergärtnerinnen wurden aufgefordert, sowohl ihr Programm für diese Feiern vorab beim Referat Kindertagesstätten in Krakau einzureichen als auch hinterher genau über deren Verlauf zu berichten.⁸² Manche solcher Versuche scheinen allerdings nach Darstellung der Kindergartenleiterinnen trotz der Planung ein Fiasko gewesen zu sein. Bei einer Weihnachtsfeier für ‚deutschstämmige‘ Mütter in Lubaczow zum Beispiel scheiterte jede Kommunikation am Sprachproblem: Die Mütter kannten keine deutschen Weihnachtslieder und verstanden die Ansprache der Kindergärtnerin nicht.⁸³ Einige dieser Veranstaltungen dagegen wurden für die jeweiligen Kindergärtnerinnen zu Höhepunkten ihres ‚Osteinsatzes‘. Dies zeigt etwa die Beschreibung eines Weihnachtsfestes, das die Kindergartenleiterin Elfriede I. im Kindergarten Dornfeld im Jahre 1943 für 38 Mütter veranstaltete. Wie sie schreibt, wurden nach Begrüßung und Ansprache

Plätzle geknabbert und Rezepte ausgeteilt sowie Griespudding gegessen, die Frauen waren ganz begeistert. Zum Schluß kam der Weihnachtsmann denn noch und teilte die Geschenke, die wir einzeln für die Kinder in Pakete getan hatten aus, da kamen die Frauen so richtig aus sich heraus. Der Weihnachtsmann ein 22jähriger SS Mann aus dem Nachbardorf machte seine Sache auch ganz fabelhaft ... O diese Weihnachtsfeier war für alle diese Menschen ein großes Erlebnis, haben sie doch so lange keine Weihnacht mehr feiern dürfen. Auch für mich war es ein Erlebnis, weil die Mütter und Kinder viel gespannter waren wie im Reich, wußten sie doch gar nicht was kommen sollte.⁸⁴

79 Lotte W., Kindergarten Gelsendorf, Monatsbericht für den Monat September 1943, GWK, Bestand 116, 3.

80 Manchmal wurde nicht einmal die Fiktion einer ‚Gemeinschaft‘ aufrechterhalten. Die Abgrenzung zwischen ‚reichsdeutsch‘ und ‚volksdeutsch‘ wurde in den Kindergärten in der Stadt Lemberg sehr deutlich gemacht: Ein Kindergarten war ‚reichsdeutschen‘ Kindern vorbehalten, „damit sie dem oft doch noch starken polnischen Einfluß der volksdeutschen Kinder nicht ausgesetzt sind“, während ‚volksdeutsche‘ Kinder in die anderen beiden Kindergärten gingen: Jahresbericht über die Arbeit der Kindertagesstätten, Lemberg 4.1.1943, GWK, Bestand 116, 47.

81 Zur „Vorweihnachtsarbeit“ als Gegenstand der Schulung der Kindergärtnerinnen, vgl. Jeschonneck, Bericht, wie Anm. 71.

82 E. Schombert, Leiterin des Referats Kindertagesstätten, Krakau, an den Leiter des HAG Volkswohlfahrt der NSDAP, Distriktsstandortführung Galizien, Referat Kindertagesstätten, 23.1.1943, betr. Weihnachtsfeiern 1942, GWK, Bestand 116, 42.

83 Doris L., Bericht über Weihnachtsfeier mit den Müttern, Lubaczow, 3.1.1944, GWK, Bestand 116, 41.

84 Elfriede I., Bericht von der Vorweihnachtsfeier mit den Müttern und den Kindern im NSV-Kindergarten Dornfeld, 10.1.1944, GWK, Bestand 116, 3.

Frauen als Besatzungspersonal: Geschlechterrollen und Verhaltensnormen

Der Status der Kindergärtnerinnen als ‚öffentliche Personen‘ im besetzten Polen wurde zum einen von ihrer Stellung innerhalb der nationalsozialistischen Volkstumshierarchie, zum anderen von ihrem Status als Frauen bestimmt. Kindergartenleiterinnen aus dem ‚Reich‘ durften sich der oft kleinen Elite von ‚Reichsdeutschen‘ in ihrem Ort zurechnen. Damit hatten sie – zumindest theoretisch – Autorität nicht nur gegenüber Juden (sofern am Ort noch welche lebten), Polen und Ukrainern, sondern auch gegenüber ‚Volksdeutschen‘. ‚Reichsdeutsche‘ Kindergärtnerinnen konnten als Vertreterinnen des Regimes auftreten, nicht nur aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, sondern auch aufgrund ihres Wissens und ihrer Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus im ‚Altreich‘. ‚Volksdeutsche‘ Kindergärtnerinnen und Helferinnen waren zwar gegenüber ‚Fremdvölkischen‘ privilegiert, verglichen mit ‚Reichsdeutschen‘ aber fiel ihre Position doch deutlich inferior aus. ‚Volksdeutsche‘ Helferinnen standen unter der Autorität ihrer meist ‚reichsdeutschen‘ Vorgesetzten, und von ‚volksdeutschen‘ Kindergartenleiterinnen kamen manchmal Klagen, sie fühlten sich von der Volksdeutschen Mittelstelle ungerecht behandelt oder von einer ‚reichsdeutschen‘ Kollegin zurückgesetzt.⁸⁵

Gleichzeitig mussten sich die Kindergärtnerinnen als Frauen in der männerdominierten Welt des Besatzungsapparats durchsetzen. Männer behielten die entscheidenden Machtpositionen in allen Bereichen der Zivilverwaltung – auch im HAG Volkswohlfahrt, das als Parteiorganisation dem NSDAP Arbeitsbereich Generalgouvernement zugeordnet war. Frauen besetzten die Stellen als Referentinnen für Kindertagesstätten, blieben aber auf jeder Ebene der Parteihierarchie männlichen Vorgesetzten untergeordnet. Allerdings erwartete das HAG Volkswohlfahrt von den Kindergärtnerinnen – ob ‚reichsdeutsch‘ oder ‚volksdeutsch‘ –, dass sie als öffentliche Personen und Vertreterinnen des Regimes ihre Autorität für die planvolle Arbeit in der ‚Volkstumspolitik‘ einsetzten. Dazu gehörten auch die Aufgaben, den Kindergarten ausreichend einzurichten, das Gebäude renovieren und reparieren zu lassen sowie das sonstige Personal zu überwachen und notfalls zu disziplinieren. Dann kamen die eigentlich pädagogischen Aufgaben, die sich nicht nur auf die Kindergartenkinder bezogen, sondern auch auf deren Mütter und indirekt auf das ganze Dorf. Der regelmäßige und pünktliche Kindergartenbesuch und der Gebrauch der deutschen Sprache im Kindergarten mussten durchgesetzt werden – eine Kindergärtnerin meinte, nach ungefähr sechs Wochen Arbeit mit den Kindern würde sie damit beginnen, „das Polnisch“ zu verbieten.⁸⁶ Darüber hinaus musste die ‚volksdeutsche‘ Bevölkerung zur modernen Lebensweise ‚bekehrt‘ werden, wozu ganz zentral die Praxis der modernen Hygiene gehörte. Für die Deutschen spielten Vorstellungen über „deutsche Sauberkeit“ und „polnischen Schmutz“ eine wichtige Rolle als Merkmale, die angeblich die Kultur der Eroberer von

85 Beispiel einer Klage wegen ungerechter Behandlung von ‚Volksdeutschen‘: Gertrud G. an das HAG Volkswohlfahrt, Lemberg, 31.1.1944, GKW, Bestand 116, 3.

86 Ursula Graefe, Kindergarten Drohobycz, Arbeitsbericht Mai 1943, GKW, Bestand 116, 3.

der Kultur der Besiegten unterschieden.⁸⁷ Wenn scharfe Trennlinien zwischen ‚Volksdeutschen‘ und Polen gezogen werden sollten, mussten die ‚Volksdeutschen‘ die sichtbaren Eigenschaften des ‚Deutschtums‘ zur Schau tragen und im Rahmen der Hygienekampagnen mit den eingesetzten deutschen Frauen ‚aus dem Reich‘ kooperieren. So inspizierten die Kindergärtnerinnen die Körper der Kinder und führten rigorose Reinigungsprozeduren durch. Die Hygienebotschaft wurde von ihnen selbst in die Häuser getragen und an Mütterabenden weiter vertieft; zudem sollten die Kinder über ihre neu erworbenen Gewohnheiten (zum Beispiel Zähne putzen, Hände waschen) auch ihre Mütter dazu erziehen.

Wie leicht aber war es in der Praxis, als weibliche ‚öffentliche Personen‘ Autorität auszuüben und sich gegenüber misstrauischen oder widerspenstigen Dorffrauen wie gegenüber männlichen Kollegen durchzusetzen? Manchmal berichteten die Kindergärtnerinnen, dass ihre Mahnungen an die Dorffrauen, etwa zu mehr Sauberkeit, wirksam waren.⁸⁸ In anderen Fällen nutzten ihre Belehrungen und Bitten weniger: Ob solcher Widerstand mit ihrer Identität als Frauen zu tun hatte, ist allerdings schwer zu beurteilen. In einem Fall, in dem eine Kindergärtnerin von Müttern berichtete, die sich weigerten, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken, scheint diese Reaktion wenig mit dem Geschlecht der Kindergärtnerin zu tun gehabt zu haben: Die widerstrebenden Mütter waren Polinnen, die mit ‚volksdeutschen‘ Männern verheiratet waren. Die Kindergärtnerin reagierte mit einer Meldung an eine andere Instanz: die Volksdeutsche Mittelstelle.⁸⁹

In Konflikten mit männlichen Kollegen und Vorgesetzten dagegen schimmert in den Darstellungen der Kindergärtnerinnen eine geschlechterpolitische Dimension durch. Die Kindergärtnerin in Dornfeld bemerkte im Januar 1944: „Der Arzt hat nach wie vor versprochen zu uns zu kommen aber wenn man sich auf die Herren verläßt dann ist man verlassen.“⁹⁰ Nicht selten wird von Konflikten mit den sogenannten Siedlungsführern oder Dorfführern berichtet. Eine der Frauen hatte, in ihren Worten, „oft mit dem Dorfführer und dem Landwirtschaftsführer gezankt wegen dem Kindergarten. Die Männer stehen auf dem Standpunkt, daß der eine Raum vollständig genügt“.⁹¹ Eine andere beschrieb die Solidarität zwischen drei Frauen im Dorf – der Kindergärtnerin selbst, der BDM-Führerin und der Lehrerin – gegenüber dem Siedlungsführer: „Wir haben uns bis jetzt immer durchgesetzt und werden uns auch weiter durchsetzen.“⁹² Eine dritte berichtete von der Unfreundlichkeit eines Siedlungsführers, der sich weigerte, sie auf seinem Wagen von der Stadt zurück ins Dorf mitzunehmen und sie die 20 Kilometer zu Fuß laufen ließ. Als er auf der Landstraße vorbeifuhr, so der Bericht, sah er sie an und lachte. Den Grund für dieses Verhalten sah sie zumindest teilweise in seiner prinzipiellen Frauenfeindlichkeit: „Von dem Siedlungsführer kann man nichts

87 Latzel, Soldaten, wie Anm. 72, 145–182.

88 Zum Beispiel Dora B., Monatsbericht Juli 1943, Kindergarten Oтынin, Kreis Stanislau, GKW, Bestand 116, 4.

89 Margarete G., Rawa Ruska, Januar 1944, GKW, Bestand 116, 8.

90 Gisela G., Kindergarten Dornfeld, Monatsbericht Januar 1944, GKW, Bestand 116, 4.

91 Margarete T., Bericht über den Monat Juni 1943, Josefsberg, GKW, Bestand 116, 3.

92 Emma M., Bericht für den Monat Oktober, Reichenbach, 30.10.1943, GKW, Bestand 116, 35.

anderes verlangen, wenn er seine Frau schon mit Füßen stößt.“⁹³ Um sich gegenüber solchen Männern durchzusetzen, nahmen die Kindergärtnerinnen manchmal die Hilfe von höher gestellten Männern in Anspruch. Dies gilt etwa für die Kindergärtnerin von Machliniec. Nach Konflikten mit dem Siedlungsführer, berichtete sie, habe sie „bei einer Besichtigung höherer SS-Offiziere ... mein Herz ausgeschüttet und nun ist er seit ein paar Wochen versetzt“.⁹⁴

Kindergärtnerinnen fanden also oft Mittel und Wege, um „sich durchzusetzen“: Appelle und Beschwerden an höhere Instanzen spielten dabei eine Rolle, aber auch Solidarität mit anderen Frauen gegenüber unfreundlichen Männern. Auf der anderen Seite waren sie exponiert und konnten selbst zum Gegenstand von Kritik und Denunziation werden. Hier wiederum ist es nicht immer leicht zu entscheiden, inwieweit solche Angriffe eine geschlechterpolitische Dimension hatten, oder ob andere Faktoren im Spiel waren – zum Beispiel Reibereien und Rivalitäten zwischen der NSV und anderen Dienststellen. Ebenso bleibt häufig unklar, ob bei ‚volksdeutschen‘ Kindergärtnerinnen Diskriminierungen gegen sie als ‚Deutsche zweiter Klasse‘ erfolgten.⁹⁵ Eine ‚volksdeutsche‘ Kindergartenleiterin im Dorf Slawitz fühlte sich jedenfalls in erster Linie als ‚Volksdeutsche‘ angegriffen, als sie im Januar 1944 aufgrund einer kritischen Meldung von der Volksdeutschen Mittelstelle eine Mahnung von der Distriktreferentin erhielt, die besagte, dass ihr Kindergarten nicht vorschriftsmäßig geführt sei und dort polnisch gesprochen werde. Die Kindergärtnerin reagierte in einem Brief entrüstet:

Die VD (Volksdeutschen, E. H.) haben nie was getan und werden auch anders behandelt. ... Im Kreis Kolomea wird kein Kindergarten richtig geführt ..., daß manche Kindergärtnerin wenig in ihren Kindergärten da sind da sieht kein Mensch was, immer nur die VD. Daß der Herr Beauftragte von der Volksdeutschen Mittelstelle sich zu viel interessiert von ihm brauch ich keine Vorschriften da ist meine Dienststelle dazu.⁹⁶

In Rawa Ruska meldete eine ‚reichsdeutsche‘ Kindergartenleiterin ihre ‚volksdeutsche‘ Helferin an die Kriminalpolizei, da diese Bettwäsche gestohlen habe und aus dem Kindergarten verschwunden sei. Die Helferin wurde überführt und verlor „wegen Unwürdigkeit“ ihren Ausweis als ‚Volksdeutsche‘.⁹⁷

In anderen Fällen hingegen, in denen Kindergärtnerinnen zum Gegenstand von Kritik wurden, standen ihr Status und ihr Verhalten als Frauen deutlicher im Vordergrund. Der Besatzungsapparat in Polen war ein ‚Männerapparat‘: Frauen gehörten hier nicht automatisch dazu, und sie mussten in ihrem Privatleben die konventionellen geschlechtsspezifischen Verhaltensnormen einhalten. Die Leiterinnen und Helferinnen waren fast ohne Ausnahme junge, unverheiratete Frauen, von denen erwartet wurde, dass sie am Ort ihrer Tätigkeit sexuell abstinenter leben sollten. Für männliche Bediens-

93 Gertrud L., Monatsbericht Kindergarten Kornelowka, Februar 1944, GWK, Bestand 116, 41.

94 Maria E. an Herta Jeschonneck, 27.8.1943, GWK, Bestand 116, 8.

95 Zum Beispiel Ursula Graefe an das HAG Volkswohlfahrt, Lemberg, 20.5.1943, betr. Bericht über Gertrud M., GWK, Bestand 116, 50 (Vorwurf: Arroganz gegenüber einer ‚volksdeutschen‘ Kollegin).

96 Gertrud G., Kindergarten Slawitz, an das HAG Volkswohlfahrt, Lemberg, 31.1.1944, GWK, Bestand 116, 3.

97 M. G., Kindergartenleiterin Rawa Ruska, an Distriktstandortführung Galizien, HAG Volkswohlfahrt, betr. Helferin Eugenie P., 13.3.1944, GWK, Bestand 116, 32.

tete der Zivilverwaltung galt diese Forderung nicht, nur der Geschlechtsverkehr mit Polinnen stand unter Strafe, und auch diese Regelung erwies sich als kaum durchführbar.⁹⁸ Obwohl Kindergärtnerinnen in bestimmten Bereichen ihres Alltags im besetzten Osten die Erfahrung von Selbständigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung erleben konnten, stießen sie im Bereich der Sexualität auf eindeutige konventionelle Grenzen: In dieser Hinsicht waren sie hochgradig exponiert, dem Gerede am Ort wie auch den scharfen Beobachtungen ihrer weiblichen Vorgesetzten ausgesetzt. So schrieb die Distriktsreferentin im November 1943 an eine Kindergartenleiterin: „In Kolomea läuft ein Gerücht, daß Sie geschlechtskrank sind. Ich bitte deshalb, daß Sie sich einer sofortigen Untersuchung bei Dr. Wendeborn unterziehen und mir von dem Ergebnis umgehend Mitteilung machen.“⁹⁹ Eine andere Kindergartenleiterin, fast 22 Jahre alt, wurde im Frühjahr 1943 von der Frau des Kreishauptmanns in Sambor bei der NSV-Kreisreferentin in Drohobycz angeschwärzt, weil sie sich angeblich „noch spät abends bei der Ortskommandatur aufhielte“. Die daraufhin befragten ‚volksdeutschen‘ Kindergartenleiterinnen lieferten weitere Details über die Gewohnheiten der Leiterin: Sie berichteten von Alkoholkonsum und Tanz mit Soldaten und Polizisten abends in der Privatwohnung. Die Frau wurde daraufhin innerhalb des Distrikts versetzt, aber interessanterweise nicht entlassen. Davor schützte sie vermutlich der akute Personalmangel.¹⁰⁰

Als Frauen exponiert waren die Kindergärtnerinnen auch, als Partisanenüberfälle und der Vormarsch der Roten Armee die Lage der Deutschen in Galizien zunehmend prekärer gestalteten. Wenn die Kindergärtnerinnen über die wachsende Unsicherheit berichteten, hat es den Anschein, dass sie es bewusst vermieden, ihre Sorge auszudrücken – vielleicht aus dem Bedürfnis heraus, gerade nicht als ‚typisch weiblich‘ zu wirken und statt dessen eine ‚soldatische‘ Haltung einzunehmen, auch um die Dorfbevölkerung zu beeindrucken und zu beruhigen. Eine Kindergartenleiterin berichtete im Dezember 1943 aus Kranzberg, dass Partisanen eine Woche vorher ein Nachbardorf angegriffen hatten, was alle ihre Nachbarn „kopfscheu“ gemacht habe: „... zum Beispiel werde ich täglich aufgefordert, das NSV-Schild vom Kindergarten zu entfernen, da dieses verraten würde, daß hier ein deutsches Dorf sei“.¹⁰¹ Zu diesem Bedürfnis, als ‚tapfer‘ zu erscheinen, kam der Umstand hinzu, dass die Kindergartenleiterinnen unter dem Druck der Distriktleitung standen, die darauf bestand, den normalen Kindergartenbetrieb bis zur letzten Minute aufrechtzuerhalten.¹⁰²

‚Mittäterinnen‘? Beteiligung und Komplizenschaft

Um eine eventuelle ‚Mittäterschaft‘ der Kindergärtnerinnen einzuschätzen, soll zunächst festgestellt werden, inwieweit diese Frauen mit der Verfolgung und Ermordung

98 Präg/Jacobmeyer, Dienstagebuch, wie Anm. 13, 20 (Einleitung).

99 Jeschonneck an H. T., 15.11.1943, GKW, Bestand 116, 67.

100 Kreisreferentin Ursula Graefe, Drohobycz, 20.5.1943, an das HAG Volkswohlfahrt Lemberg, betr. Bericht über G. M., GKW, Bestand 116, 50.

101 Gisela G. an die NSDAP HAG Volkswohlfahrt Lemberg, 2.12.1943, GKW, Bestand 116, 32.

102 Zum Beispiel Jeschonneck an Emma M., 3.4.1944, GKW, Bestand 116, 3.

der Juden im ‚Distrikt Galizien‘ in Berührung kamen. Diejenigen Kindergärtnerinnen, die ihren Einsatz bis Ende Juni 1943 begonnen haben – das betraf das Personal von ca. 20 der 40 insgesamt bis Ende 1943 im Distrikt eingerichteten Kindergärten –, können Zeuginnen von Verfolgungen, Deportationen und Mordtaten geworden sein. Diejenigen, die ab Frühjahr 1942 eingesetzt wurden, kamen gerade zu dem Zeitpunkt im Distrikt an, als die Deportationen von Juden in das Vernichtungslager Belzec (an der Nordgrenze des Distrikts) einen ersten Höhepunkt erreichten.¹⁰³ Ein Teil der arbeitsfähigen Juden wurde 1942 vorübergehend nicht deportiert, sie lebten meist in Gettos in den Städten¹⁰⁴ und in Zwangsarbeitslagern. Im Herbst und Winter 1942/43 begann auch die Verhaftung und Ermordung dieser jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen, zum Teil vor Ort, zum Teil nach der Deportation in das Vernichtungslager. Nach Dieter Pohl lebten im ‚Distrikt Galizien‘ um die Jahreswende 1942/43 noch 161.000 Juden: weniger als ein Drittel der ursprünglichen jüdischen Bevölkerung des Distrikts, aber immerhin noch eine beträchtliche Zahl.¹⁰⁵ In der ersten Jahreshälfte 1943 wurden dort die noch vorhandenen Gettos aufgelöst, wobei deren Bewohner und Bewohnerinnen oft vor Ort umgebracht wurden: Diese Erschießungen sind von Sandkühler als „ein nahezu öffentlicher Vorgang“ beschrieben worden.¹⁰⁶ Diese Phase des Judenmords traf zeitlich mit der Ansiedlung der evakuierten ‚Volksdeutschen‘ aus der Ukraine ab dem Frühjahr 1943 zusammen; die entsprechende Expansion der NSV-Kindergärten fand in den folgenden Monaten statt. Nach der Räumung der letzten Gettos bis Ende Juni 1943 blieben im ‚Distrikt Galizien‘ nur noch ca. 20.000 Juden in den Zwangsarbeitslagern am Leben.

Die Juden und ihr Schicksal kommen in den Äußerungen der Kindergärtnerinnen kaum zur Sprache. Eine junge BDM-Funktionärin, die in ihrem Anfang 1942 geschriebenen Bericht ihren Blick kurz über die jüdische Bevölkerung der kleinen Stadt Żółkiew streifen ließ, war insofern eine Ausnahme, als sie diese überhaupt erwähnte:

Ein bißchen Angst hatten wir doch, als wir nur lauter Juden vor unsern schönen roten Plakaten stehen sehen: „Volksdeutsche, schickt eure Kinder in den Deutschen Kindergarten. Montag, den 20. Januar fangen wir an!“ Zwar war die Lore bei allen Eltern gewesen, aber ob die Kleinen kommen würden, – 20 Grad sind draußen und dabei die Schlittenfahrt 2 km weit zur Lembergerstr. 48 ...¹⁰⁷

Der Bericht fährt fort mit der Bemerkung, auch die ‚Volksdeutschen‘ hätten das Plakat gesehen und der Besuch des Kindergartens am ersten Tag sei erfreulich gewesen. Auffallend hier ist zum einen die Überraschung der Berichterstatteerin, dass überhaupt andere Personen als die ‚Volksdeutschen‘ die Plakate sahen, zum anderen die Flüchtigkeit, mit der die Juden erwähnt werden. Aus heutiger Perspektive drängt sich der Gedanke auf, dass die galizischen Juden im Januar 1942 guten Grund hatten, deutsche Plakate aufmerksam zu lesen. Dies scheint der Kindergärtnerin jedoch nicht in den Sinn gekommen zu sein.

103 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 185–193.

104 Zur Bildung von Gettos im Jahre 1942 vgl. Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 193ff.

105 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 245.

106 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 246–262; Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 194ff, Zitat 195.

107 Żolkiew, wie Anm. 39, 11.

Eine ebenfalls flüchtige Bemerkung, die Ende des Jahres 1942 auf die Existenz eines ‚Judenviertels‘ in der Stadt Sambor hinweist, stammt von der BDM-Funktionärin Ursula Graefe. Sie war im Oktober 1941 mit dem ersten Aufbau der Kindergärten im Distrikt beauftragt worden und arbeitete danach als Kreisreferentin für Kindertagesstätten im Kreis Drohobycz. Im Dezember 1942 meldete sie den Diebstahl ihrer Handtasche (samt Pass, Partei- und BDM-Ausweis) bei der Gepäckaufbewahrung im Bahnhof von Sambor. In einem Brief an Herta Jeschonneck meinte sie zu wissen, wo ihre Papiere verblieben seien: „Mein Paß wird jetzt sicher zu fantastischen Preisen im Judenviertel verkauft.“¹⁰⁸ Ein halbes Jahr später existierte das Getto in Sambor nicht mehr: Die noch lebenden Juden wurden dort innerhalb von drei Tagen im Mai 1943 von der Sicherheitspolizei umgebracht.¹⁰⁹

Einige Hinweise auf die Juden des Distrikts beziehen sich auf Schwierigkeiten, die bei der Instandsetzung der Kindergärten wegen der Vertreibung und Ermordung von jüdischen Handwerkern entstanden. Die Leiterin des Kindergartens in Grodek schrieb in ihrem Bericht über den Monat Januar 1943: „Den Ofensetzer hat man mir endlich zur Verfügung gestellt, aber dafür sind keine Hilfskräfte aufzutreiben, die Juden wurden Dienstag den 26. weggeschafft, und ehe das Arbeitsamt Leute zustellt, vergehen wieder ein paar Tage.“¹¹⁰ Auffallend ist hier unter anderem das Wort „weggeschafft“; der zitierte Satz ist insofern typisch für ‚deutsche‘ Reaktionen auf die Judenverfolgung, als verharmlosende Wörter für brutale Vorgänge benutzt werden. Ähnlich verschleiernde Redewendungen finden sich auch im Monatsbericht für den Mai 1943, in dem die Distriktreferentin Herta Jeschonneck die mörderischen Vorgänge der Endphase der ‚Endlösung‘ im ‚Distrikt Galizien‘ andeutet. Der Umbau sowohl des Kindergartens in Lemberg-Stadt und in Stryj komme nur langsam voran:

Da die die Arbeiten ausführenden Firmen mit jüdischen Handwerkern und Arbeitern arbeiten, die in kurzen Abständen immer wieder fort kommen, wird die Arbeit immer wieder unterbrochen und nicht termingemäß ausgeführt. ... Die Beendigung der Umbauarbeiten geht sehr langsam vorwärts, weil diese immer wieder durch Ausfallen der Arbeiter (Juden) unterbrochen wird.¹¹¹

Häufiger sind die Hinweise darauf, dass Kindergärtnerinnen sich ganz selbstverständlich aus dem Besitz der deportierten und ermordeten Juden bedienten, um für ‚ihren‘ Betrieb und ‚ihre‘ ‚Volksdeutschen‘ zu sorgen. Diese organisierte Plünderung entsprach der Politik von Friedrich Katzmann, dem SS- und Polizeiführer und Beauftragten des RKF in Galizien, der schon im Sommer 1942 die Anweisung gegeben hatte, Bekleidung und Einrichtungsgegenstände aus den leeren Wohnungen der Juden an die ‚Volksdeutschen‘ des Distrikts zu verteilen.¹¹² Die Dienststellen, die damit beauftragt wurden, waren die Volksdeutsche Mittelstelle und die NSV.¹¹³ Nach den Monats-

108 Ursula Graefe an Herta Jeschonneck, 9.12.1942, GWK, Bestand 116, 44.

109 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 257.

110 Steffi G., Bericht vom Monat Januar 1943, Kindergarten Grodek, GWK, Bestand 116, 44.

111 Herta Jeschonneck, Monatsbericht für den Monat Mai über die Arbeit der Kindertagesstätten im Distrikt Galizien, Lemberg, den 11.6.1943, GWK, Bestand 116, 2.

112 Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 199; Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 198.

113 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 298. Allerdings war diese Regelung umstritten: Frank wollte

berichten der Kindergärtnerinnen scheint dieser Raubzug unbürokratisch vor sich gegangen zu sein, und es gab viel Raum für Eigeninitiative und Selbstbedienung. Die Kindergartenleiterin aus Grodek, die im Monatsbericht für den Januar 1943 über die Probleme mit den Öfen berichtet hatte, meldete einen Monat später deren Lösung: „Vorige Woche war ich mit dem Kachelmeister im Getto, dort hatten wir die Erlaubnis zwei Kachelöfen auszusuchen, die werden in den Kindergarten geschafft, und werden da aufgebaut.“¹¹⁴ Die Leiterin im Machliniec schrieb im August 1943, sie habe einen Puppenwagen im Getto gefunden,¹¹⁵ und aus der Nähe von Drohobycz meldete eine Kindergärtnerin im August 1943: „Mit Kochen würde ich auch gerne anfangen nur fehlen mir noch große Töpfe ich denke daß bald wieder einige in der Judenkirche in Drohobycz zu holen sind.“¹¹⁶

Die Selbstverständlichkeit, mit der über die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen aus dem Besitz der deportierten oder ermordeten Juden berichtet wurde, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Klima der Besatzungsherrschaft in Galizien. Diebstahl war hier nur die unbedeutendste der Gewalttaten, die an den Juden verübt wurden. Die Vorgänge der eigentlichen Verfolgung kamen zwar kaum zur Sprache – sie waren für den Betrieb der Kindergärten selten ‚relevant‘ –, aber die Ermordung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung bildeten die notwendige Voraussetzung für die schnellen Improvisationserfolge, die die NSV von ihrem Personal verlangte. Gemäß Dieter Pohls Definitionen von Tätern, der zwischen Personen, die die Judenverfolgung steuerten und leiteten, und Personen, die lediglich im weiteren Sinne daran beteiligt waren, unterscheidet, wären die Kindergärtnerinnen in Galizien in Hinblick darauf weder im engeren noch im weiteren Sinne Täterinnen.¹¹⁷ Aktiv beteiligt waren sie höchstens an der Plünderung des jüdischen Besitzes. Dieses Bild einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bei der Judenverfolgung gilt auch für andere Gebiete des nationalsozialistischen Ostens: Die eigentliche Verfolgung war Männerarbeit, Frauen beteiligten sich vor allem an der Verwertung der erbeuteten Güter. Die Frage, was die Kindergärtnerinnen in Galizien sonst noch sahen und wie sie darüber dachten, ist – wie einleitend bereits gesagt wurde – mit dem vorhandenen Material nicht zu beantworten.

Damit ist jedoch die Frage nach der Komplizenschaft der Kindergärtnerinnen keinesfalls erschöpft und beantwortet. Es wäre auch danach zu fragen, inwieweit ihr Einsatz zur Stabilisierung der Besatzungsherrschaft in Galizien beitrug. Es kann sein, dass das weibliche NSV-Personal auf die ‚Volksdeutschen‘ einen günstigen Eindruck machte, zumindest im Vergleich mit manchen männlichen Vertretern des als korrupt und brutal geltenden Besatzungsapparats in Galizien (auch als „Skandalizien“ bekannt).¹¹⁸ Auf jeden Fall versuchten die Kindergärtnerinnen, durch ihren Einsatz das

durchsetzen, dass das Vermögen der Juden an die Zivilverwaltung, nicht an die Dienststellen der SS gehen sollte.

114 Steffi G., Monatsbericht Februar 1943, Kindergarten Grodek, GKW, Bestand 116, 3.

115 Maria E., Kindergartenleiterin Machliniec, an Herta Jeschonneck, 27.8.1943, GKW, Bestand 116, 8.

116 Anni K., Mindorf, Kreis Drohobycz, August 1943, GKW, Bestand 116, 4.

117 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 300.

118 Pohl, Judenverfolgung, wie Anm. 3, 302; Sandkühler, „Endlösung“, wie Anm. 3, 201; Präg/Jacobmeyer, Diensttagebuch, wie Anm. 13, 20 (Einleitung).

Vertrauen der ‚Volksdeutschen‘ zu gewinnen. Sie stellten ihre Energie und ihre Durchsetzungskraft, die manchmal zu Konflikten mit männlichen Funktionären und anderen Dienststellen vor Ort führte, in den Dienst der Germanisierungspolitik, deren Erfolg davon abhing, ob es gelang, die ‚volksdeutsche‘ Bevölkerung zum Nationalsozialismus zu bekehren und zum ‚Durchhalten‘ zu bewegen. Bis in die Endphase der Besetzung hinein erfüllten die Kindergärtnerinnen ihre Aufgabe als Propagandistinnen des ‚Durchhaltens‘, und viele spielten ihre Rolle als Vorbild ‚deutscher Tapferkeit‘ – nur eine Frau wurde im April 1944 gerügt, weil sie ihren Kindergarten angesichts des Vormarsches der Roten Armee zu schnell geschlossen habe.¹¹⁹ Im Januar 1944 wurde berichtet, dass manche Kindergärtnerinnen das Angebot der Distriktverwaltung, ihre Koffer vorsorglich nach Krakau schicken zu lassen, ablehnten;¹²⁰ eine weigerte sich sogar, trotz Räumungsbefehls im März 1944 ihren ‚Posten‘ zu verlassen.¹²¹ Wahrscheinlich meinten diese Frauen, angesichts der ‚bolschewistischen Gefahr‘ im Interesse der ‚volksdeutschen‘ Bevölkerung zu handeln. Ob alle ‚Volksdeutschen‘ dies entsprechend würdigten, ist jedoch fraglich. Eine Kindergärtnerin berichtete desillusioniert über die Evakuierung aus Kamionka Strumilova Ende März 1944. Die angesiedelten ‚Volksdeutschen‘ aus der Sowjetunion machten sich auf Befehl zur Abreise bereit, die ‚Deutschstämmigen‘ (d. h. die Angehörigen der ansässigen Bevölkerung) aber weigerten sich. Einige meinten trotz der Warnungen der Kindergärtnerin, die Russen würden ihnen schon nichts antun. Die Kindergärtnerin bemerkte dazu: „Jedenfalls sah man wieder einmal klar, daß diese Menschen in solch einem Moment zum Deutschtum doch noch nicht den ‚richtigen‘ Anschluß gefunden haben.“¹²² Dennoch zog sie eine positive Bilanz für ihre Bemühungen: Sie habe sich beim Bahntransport nach Westen dafür eingesetzt, dass Öfen für die Güterwagen beschafft wurden, und habe auch sonst für die Frauen und Kinder gesorgt. Der Bericht schloss mit der Anmerkung: „Nach Durchführung dieser Aufgabe meldete ich mich in Krakau zu neuem Einsatz.“¹²³ So blieb sie weiterhin mit ihrem Pflichtbewusstsein und ihrer ‚weiblichen‘ Fürsorglichkeit Teil des NS-Apparats – eine Handlungsweise, die für diese Frauen als typisch gelten kann.

Schluss

Kindergärtnerinnen wurden im ‚Distrikt Galizien‘ eingestellt, um im Rahmen der nationalsozialistischen ‚Volkstumspolitik‘ im Osten eine besondere ‚weibliche‘ Tätigkeit auszuüben. Wenn auch im ‚Reich‘ die Rekrutierung für den ‚Osteinsatz‘ mit einem gewissen Druck einherging, kamen diese Frauen schließlich doch freiwillig. Zumindest für einige der Kindergärtnerinnen sind Neugier und Abenteuerlust als Gründe für diese

119 Herta Jeschonneck an Emma M., 3.4.1944, GWK, Bestand 116, 44.

120 Friedel Barg, Bericht, 26.1.1944, GWK, Bestand 116, 2.

121 Standortamtsleiter, NSV Sambor an die NSDAP HAG Volkswohlfahrt Lemberg 30.3.1944, GWK, Bestand 116, 36.

122 Hedwig K., Bericht (Rückzug von Galizien), ohne Datum, GWK, Bestand 116, 30.

123 Hedwig K., Bericht, wie Anm. 122.

Bereitschaft eindeutig zu belegen. Man könnte vermuten, dass diese Frauen ein Bedürfnis hatten, in irgendeiner Form „Frontarbeit“ zu leisten. Die Tatsache, dass sie so dem Alltag und dem Chaos in den bombardierten Städten im Westen entkommen konnten, mag hier als zusätzlicher Anreiz gewirkt haben. Noch stärker jedoch erscheinen in ihren Selbstdarstellungen der Wunsch nach beruflicher wie persönlicher ‚Bewährung‘ angesichts von Schwierigkeiten und die Freude über die ‚großen Aufgaben‘: Im Osten, meinten sie, würden sie gebraucht, hier sähe man den Erfolg der Arbeit. Angesichts ihrer Aufgabe, den ‚Volksdeutschen‘ zu helfen, deren hartes Schicksal und Leid jede Anstrengung rechtfertigten, entwickelten die Kindergärtnerinnen einen starken Missionierungseifer und eine auffallende Selbstgerechtigkeit. So packten sie mit Freude und Engagement zu – und schreckten auch nicht zurück, wenn es darum ging, sich den Besitz der deportierten Juden anzueignen. Ihre Beteiligung an der Plünderung von jüdischem Besitz ergab sich wie selbstverständlich aus dem ‚höheren Zweck‘ – der Hilfe für die ‚Volksdeutschen‘. Die Ermordung der Juden im Distrikt blieb in den Berichten der Kindergärtnerinnen nahezu vollständig ausgeblendet; nur vereinzelte Bemerkungen deuten auf dieses Geschehen hin. Im Vordergrund ihrer Berichte und vermutlich auch ihrer persönlichen Wahrnehmung stand der ‚normale‘ Alltag in den deutschen Kindergärten, von dem alle nicht-deutschen Kinder ausgeschlossen blieben. Freilich drang die brutale nationalsozialistische Vernichtungspolitik auch in diesen abgeschirmten Bereich ein – etwa wenn die als deutsch ausgewiesenen Kinder im Hort mit Löffeln „aus Judenbeständen“ aßen.¹²⁴

Die Kindergärtnerinnen waren an den Verbrechen der Besatzungsherrschaft beteiligt, auch wenn der Grad ihrer Verstrickung im Vergleich zu anderen, meist männlichen Mitgliedern des Besatzungsapparats als gering zu veranschlagen ist. Die Arbeitsteilung zwischen deutschen Männern und Frauen ergab allerdings ‚weibliche‘ Formen von ‚Mittäterschaft‘, die aus den geschlechtsspezifischen Aufgaben und Pflichten der Frauen erwachsen. So stand ihre Beteiligung an der Plünderung des jüdischen Besitzes mit ihrem Auftrag in Zusammenhang, die Kindergärten mit Möbeln, Spielzeug und Textilien auszustatten. Indem sich die Kindergärtnerinnen der Pflege und der Erziehung von ‚volksdeutschen‘ Kindern widmeten, dienten sie zugleich dem Ziel der ‚Festigung des Deutschtums“ auf Kosten der Bevölkerung, die als „fremdvölkisch“ eingestuft wurde: Hierin lag ein spezifisch weiblicher Beitrag zur Stabilisierung des Besatzungsregimes.

Andererseits scheint zumindest auf Dorfebene im öffentlichen Leben die Trennung zwischen Frauen- und Männeraufgaben etwas verwischt worden zu sein. Hier sahen Kindergärtnerinnen ihre Kompetenz nicht auf ‚weibliche‘ Aufgaben beschränkt und beanspruchten eine allgemeinere Zuständigkeit für die Angelegenheiten des Dorfes – zum Beispiel angesichts der Partisanengefahr oder des sowjetischen Vormarsches. In

124 Elfriede I., Monatsbericht Januar 1944, Kindergarten Dornfeld, GKW, Bestand 116, 3: „Neulich hatten wir einen netten Vorfall im Kindergarten. Wir haben zwei Sorten Löffel, Aluminium von der Dienststelle und Messing aus Judenbeständen. Da sitzen wir alle am Tisch, haben die Suppe im Teller und auch schon das Tischlied gesungen. Unser kl. Alexander 3 Jahre alt rührt weder Löffel noch Suppe an, da sag ich, Alexander müßt schön essen. Da sagt er: Ich möchte einen Deutschland-Löffel – damit meinte er den blanken Aluminium-Löffel.“

ihrem Eifer, Verantwortung zu übernehmen, kam ihnen zum einen die ‚koloniale‘ Situation zugute, in der vor allem ‚reichsdeutsche‘ Frauen ihren Status nutzen konnten, und zum anderen der Mangel an Besatzungspersonal, der auf Dorfebene viel Raum für weibliche ‚Einsatzfreudigkeit‘ und ‚Durchsetzungsvermögen‘ ließ. Solche Erfahrungen trugen vermutlich zum positiven Ton der Berichte und zur Bereitschaft der Kindergärtnerinnen bei, in den besetzten Gebieten bis zum militärischen Zusammenbruch ‚durchzuhalten‘.